

gebrochen und ausgeplündert. Es kommen beständig große Truppenmengen aus Rußland in Finnland an.

Die Namen der Mitglieder der neuen vorläufigen sozialistischen Regierung haben wir bereits mitgeteilt. Sie trat an die Stelle der aus sechs Jungfinnen, zwei Mittfinnen, einem Schweden, einem „Agrarier“ und einem Parteilosen bestehenden Regierung, die als Senat bezeichnet wurde. Im „Verner Bund“ wird zu diesem gewaltsam vollzogenen Regierungswechsel auf folgendes hingewiesen:

Während der Arbeiteraufstände im Mai und August 1917 und bis jetzt haben einige Sozialistenblätter die aufstrebende Revolution des Proletariats in Finnland streng beturteilt und stets darauf aufmerksam gemacht, daß die Sozialdemokraten die Macht haben, auf friedlichem Wege die Forderungen der Arbeiterklasse zu verfechten. Wie nun aber die Zusammensetzung der neuen sozialistischen Regierung in Helsingfors zeigt, in der auch gemäßigtere Sozialistenführer vertreten sind, haben die letzteren ihre Taktik geändert, offenbar, um den Bürgerkrieg und die Anarchie abzuwenden. Sämtliche Mitglieder der neuen Regierung sind bekannte Arbeiter- und Bauernführer in Finnland. Einige von ihnen sind schon früher im Senat gewesen.

Der neue Ministerpräsident Tanner ist Talman (Präsident) des finnischen Landtages und Führer der gemäßigten Sozialdemokraten. Der Minister des Auswärtigen, Otto Sirola, ist Sekretär der finnischen sozialdemokratischen Partei und ein bekannter Schriftsteller. Er ist stets für den proletarischen Kampf gegen die bürgerliche Klasse eingetreten. Während der Regierungszeit Kerenski war Sirola gegen die Einmischung Rußlands in die inneren finnischen Angelegenheiten, da Finnland nur durch seinen Landtag regiert werden sollte. Da bei den letzten Landtagswahlen die Sozialisten bekanntlich weniger Sitze erhielten als die bürgerlichen Parteien, so war Sirola dafür, daß diese Wahlen als ungültig zu erklären seien und eine rein sozialistische Regierung einzusetzen sei. Die markanteste Persönlichkeit der neuen Regierung ist allerdings der frühere Ministerpräsident Oskar Tokoi, der aus Oesterbotten stammt, d. h. demjenigen nördlichen Teile Finnlands, wo — wie es dort heißt — „weder Adel noch Knechte gedeihen“ und wo schon seit langem keine Unterdrückung geduldet wird. Er ist der Sohn eines armen Bauern und hat zehn Jahre in einer Goldwäscherei in Amerika gearbeitet. Als er 1901 in seine Heimat zurückkehrte, machte er sich bald im Landtage als guter Sachverständiger in der Agrarfrage bemerkbar. 1913 wurde er Präsident des finnischen Landtages und verlor diesen Posten zur allgemeinen Zufriedenheit. Seit 1919 ist Tokoi Präsident des Zentralverbandes der finnischen Gewerkschaften.

Die neue finnische Regierung erklärt als ihr Programm freundschaftliches Verhältnis zu allen skandinavischen Nachbarn, ebenso wie zu Rußland, unter bestimmter Wahrung der Freiheit und Unabhängigkeit Finnlands.

Die Revolte der polnischen Regimenter.

Der Gegenstoß der Petersburger Regierung.

Petersburg, 5. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Am 28. Januar bemächtigten sich polnische Legionen in einer Stärke von 28 000 Mann verschiedener Waffengattungen, die unter Führung des Generalstabs des Hauptquartiers standen, der Stadt Rogatschew. Die Sowjets der Bauern sowie die Kommunisten wurden verhaftet. Das Schatzamt, in dem sich 1 600 000 Rubel Bargeld befanden, wurde mit Beschlag belegt. Die russischen und polnischen Sozialisten wurden ebenfalls verhaftet. Die Feindseligkeiten begannen im Bezirk Siemensk und im Gouvernement Smolensk. Der polnische Generalstab erklärte Rogatschew und den von Rohilew abhängigen Bezirk als einen Teil der polnischen Monarchie. Jäger wurden in Rogatschew zurückgehalten und russische Soldaten erschossen.

Der ausführende Ausschuss, der in Übereinstimmung mit der Versammlung handelt, betrachtet die gegenrevolutionäre Entwicklung der polnischen Bourgeoisie und ihre Legionen als direkte Bedrohung der Macht der Sowjets und der revolutionären Organisationen und hat deshalb die Verhaftung der Vertreter der Bourgeoisie, der Grundbesitzer und der Führer der Arbeiterpartei verfügt, die mit den Feinden in offenem Kampfe gegen uns gemeinsame Sache machen. Der Verband der Grundbesitzer, der unmittelbare Beziehungen zu der Erhebung unterhielt, wurde für außerhalb des Gesetzes stehend erklärt. Fürst Swiatoploski Michalski und der Erzbischof von Siewel (?) wurden mit dem Einverständnis der polnischen Sozialistenpartei verhaftet. Das russische Hauptquartier ergreift strategische Maßnahmen. Die Regierung hat eine Agitation unter den polnischen Truppen in die Wege geleitet, um die Soldaten dazu zu bringen, die Offiziere des Generalstabes zu verhaften. Es werden Kaufleute verhaftet werden.

Aus Rogatschew wird gemeldet, daß sich dort eine Säzung der Geister bemerkt zu machen beginnt. Der Generalstab wurde verhaftet. Die einsichtsvollen Soldaten weigern sich, sich zum Spielball der Bourgeoisie machen zu lassen. Die sozialistische Regierung hat dem polnischen Generalstab ein Ultimatum überreicht, in dem die Räumung von Rogatschew und die Einstellung der Gewalttätigkeiten und Verhaftungen gefordert wird. Von dem Ausgang der Revolte hängt das Schicksal der in unseren Händen befindlichen polnischen Geiseln ab. Wir halten es für notwendig, sie selbst nach Erfüllung der Revolte im Gefängnis zu halten.

Petersburg, 6. Februar (Z. II.) Die polnischen Truppen, die durch die letzten dramatischen Verfügungen Krylenkos bis zum Außersten gereizt wurden und sich an den inneren Kämpfen mit den Russen um keinen Preis beteiligen wollten, besahen eine Ortshaus nach der andern und jagten die geschlagenen Russen vor sich immer tiefer bis nach dem Innern des Landes hin. Ein Teil der in Rohilew geschlagenen Armee der Bolschewiki ist nach Smolensk geflüchtet, wo das Hauptquartier Krylenkos überdauern sollte, aber hierzu keine Zeit mehr hatte. Während die polnischen Truppen unter dem Befehl des Generals Sedukowski und des Generals Musniak Rohilew von allen Seiten umzingelten, tobte im Innern der Stadt ein wilder Kampf zwischen den in Rohilew konzentrierten polnischen Mannschaften von Krawtzen. Die an den Kämpfen beteiligten 2 Divisionen Bolschewiktruppen wußten sich schließlich den Polen ergeben.

Die bolschewistische Volkswirtschaft.

Eine Kritik in der konstituierenden Versammlung.

Aus den jetzt eingetroffenen russischen Blättern läßt sich ein klareres Bild der Vorgänge bei der Eröffnung der konstituierenden am 18. und 19. Januar gewinnen, als dies aus den telegraphischen Berichten möglich war. Der Eröffnung der konstituierenden ging eine impotente Streikdemonstration voraus, an der die Petersburger Arbeiterschaft zahlreich ver-

Artilleriekampf und Erfindungsvorstöße im Westen.

Amlich. Großes Hauptquartier, 6. Februar 1918. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Spezialgruppe Kronprinz Rupprecht.

In einzelnen Abschnitten der ständischen Front in der Gegend von Armentières und am La Bassée-Kanal war die Artilleriekämpfe am Nachmittag geheizt. Bei Leus lebhafter Minenkampf.

An der Scarpe und westlich von Cambrai nahm das Artilleriefeldviertel gegen Abend zu.

Spezialgruppe Deutscher Kronprinz.

Erkundungsvorstöße des Feindes in den Argonnen und östlich von Avocourt wurden abgewiesen.

Gestern wurden sieben feindliche Flugzeuge und ein Zerstörer abgeschossen.

Leutnant Bongard errang seinen 29. Luftsieg.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Lubensdorff.

Basel, 6. Februar. Nach einem Pariser Botschafterbericht erwartet man in Paris, daß an der Ostfront die Kanonen wieder das Wort ergreifen.

Abendbericht.

Berlin, 6. Februar 1918, abends. Amlich.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 5. Februar 1918. Amlich wird verlautbart:

Keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

treten war. Die „Rote Garde“ der Bolschewiki und einige Soldaten- und Matrosenabteilungen haben auf die Volksmenge geschossen, Arbeiterblut ist geflossen. Die Liste der Geföteten und Verwundeten legt dafür Zeugnis ab. In der Sitzung des Zentralausschusses der Sowjets am 19. Januar, d. h. nach der nachts vorher erfolgten Auflösung der konstituierenden Versammlung, wies Krikanoff (der bis vor kurzem mit den Bolschewiki zusammenging und von ihnen sogar zum Volkskommissar für das Eisenbahnministerium bestellt wurde) darauf hin, daß am 18. Januar in den Straßen Petersburgs „das Blut von Arbeitern, Soldaten und Bauern geflossen sei und daß es notwendig sei festzustellen, inwiefern daran die Räteregierung die Schuld trage“. Jahrzehnte lang, führte Krikanoff weiter aus, wurde in den Arbeiter- und Bauernmassen das Bewußtsein großgezogen, daß die konstituierende das Ziel des Kampfes sei. Der Rat der Volkskommissare begehrt ein Verbrechen vor der Revolution und vor dem Lande, indem er das Volksparlament auseinander-treibe. Auch überschreite der Rat die ihm vom 2. Kongreß der Sowjets eingeräumten Befugnisse, da der Kongreß die Einberufung, nicht aber die Auflösung der konstituierenden im Auftrage habe. Mitthin dürste der Entscheidung des erst für später einberufenen 3. Kongresses nicht vorgegriffen werden. Lenin berief sich in seiner Antwortrede darauf, daß die November-Umwälzung die konstituierende zu einer Illusion gemacht habe. Das Leben habe gezeigt, daß die konstituierende eine bereits überholte Stufe der Entwicklung Rußlands darstelle. Als er den Reden von Tschernow und Zeretelli in der Sitzung der konstituierenden zuhörte, schien es ihm, daß er sich im Reiche der Ausgrabungen befinde, wohin er aus dem Reiche lebender Menschen, aus dem Reiche des arbeitenden Volkes, gefommen war.

Die Rede Zeretellis, auf die Lenin hinweist, bildete den Höhepunkt in den Verhandlungen der konstituierenden. Zeretelli unterstrich u. a. die Zweideutigkeit der Bolschewikpolitik in bezug auf die konstituierende. Diese Stelle seiner Rede, da sie eine allgemein interessierende Charakteristik der Tätigkeit der Bolschewiki enthält, sei hier ungekürzt mitgeteilt:

„Hier wurde uns gesagt, man werde vor uns keine Rechenschaft ablegen, aber die konstituierende Versammlung ist auch vom Standpunkt der Parteien, die dies proklamieren, als das Organ des höchsten Volkswillens anzusehen. Ist dem nicht so, wie ist es dann zu erklären, daß der konstituierenden Versammlung der Antrag unterbreitet wird, die hier verlesenen Grundzüge zu bestätigen? Woju wurde dann die konstituierende einberufen, die während der Herrschaft des Rates der Volkskommissare gewählt wurde? (Stürmischer Beifall im ganzen Saale mit Ausnahme der Regierungspartei.) Ich frage Sie, was ist durch ihre Experimente praktisch erreicht worden? Eine Organisation der Volkswirtschaft? Wo ist sie? Werden Sie behaupten, daß Ihre Versuche auf dem Gebiete der Ernährungsfrage es zu etwas gebracht haben? Gibt es irgendwelche Resultate in der Organisation der Erzeugung? Sie werden „ja“ sagen; ich frage aber, wie organisieren Sie die Volkswirtschaft Rußlands? Sie reden mit Raubdrum von der Landfrage. Was haben Sie darin erreicht? Das Land hat in der Tat den Besitzer gewechselt. Aber stärken denn die Nachrichten, die vom Lande kommen, bei Ihnen die Zuversicht, daß das Land wirklich in die Hände der ärmeren Bauernschaft übergegangen ist, und daß nicht die Bucherer und Reichen von den Eroberungen der Revolution Besitz ergriffen haben? Würde die Landreform sich so bescheiden, wie sie sich zurzeit abwickelt, so wäre dies keine Reform der großen russischen Revolution. Das wäre die Wiederholung der Stolypinischen Auspöhlung der Stärkeren, derjenigen reicheren Bauernschichten, die ohnehin die Landbevölkerung in ihrer Hand gehalten haben. Wird nicht die Landreform planmäßig durch Organe des gesamten Volkes durchgeführt, die imstande wären, alle technischen und geistigen Kräfte der Nation in Bewegung zu setzen, so wird sie einen Charakter annehmen, der alle, die aufrichtig die Befreiung der Revolutionärrückenschichten auf dem Lande erstreben, mit Entsetzen erfüllen und abschrecken wird.“

Diese Kritik der bolschewistischen „Landreform“, die bekanntlich in einem kurzen Dekret — und nichts weiter — bestand, ist überaus wichtig. Die landläufige Auffassung in Deutschland geht dahin, daß die Bolschewiki den Bauern das Land gegeben haben, während die Wahrheit darin besteht, daß sie die gewalttätige organisierte Arbeit, die in der Hauptstadt und in der Provinz durch die Landkomitees geleistet wurde, jäh unterbrochen haben und das Signal zur anarchischen Aneignung des Bodens und des toten und lebendigen Inventars usw. der Besitzungen gegeben haben. Erwähnt

muß noch werden, daß die konstituierende ein aus zehn Baroneten bestehendes Gesez über die allgemeine Landenteignung en bloc angenommen hat.

Petersburg, 5. Februar. Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur nahm der dritte Hauptkongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte die Landgesetze an, die das Eigentumsrecht am privaten Landbesitz aufheben und dieses Recht jedem vorbehalten, der das Land mit seinen eigenen Händen bestellen will. Die Beschränkung gilt nicht für die Berufsgenossenschaften. In den vorbereitenden Hauptauschüssen wurden 300 Mitglieder gewählt, darunter 100 Bolschewiki und 125 revolutionäre Sozialisten des linken Flügels.

Die Kämpfe zwischen Russen und Rumänen.

London, 5. Februar. (Reuter.) Nach offiziellen Telegrammen vom 2. Februar aus Jassy entwarfinet und belamft ein großer Teil des rumänischen Heeres jetzt die russischen Truppen. Die Räumung der russischen Front in der Moldau dehnt sich täglich aus. Ganze russische Abteilungen ziehen nach der rumänischen Grenze und greifen die rumänischen Truppen und Dörfer auf ihrem Wege an. Beim Angriff der Russen auf Galatz entwarfineten rumänische Truppen nach eintägigem Kampfe die neuere russische Division und eroberten 50 Kanonen. Einige Abteilungen der Division schickten nach dem deutschen Graben. Lehten Mittwoch griff das sechste russische Armeekorps mit schwerer Artillerie haltigent in der Mitte der Moldaufront an. Es wurde von Rumänen umzingelt, entwarfinet und nach Bukland abgehoben. Außer den großen Truppenabteilungen verlassen auch Regimente und Kompagnien die russische Front.

Die neue Republik Besarabien ersuchte die rumänische Regierung um Truppen, um einer Verwüstung des Landes zuvorzukommen. Im Innern Besarabiens bemächtigte sich die maximalistische Partei der Vorratmagazine für die rumänische und die russische Armee und hielt Jäge mit Lebensmitteln für die Bevölkerung der Moldau an. Auf Ersuchen der besarabischen Regierung ließ daraufhin die rumänische Regierung die Eisenbahn Kischinew—Jassy besetzen, außerdem Bolgrad, Reni und andere Vorratzentren. Der Kampf zwischen den rumänischen Truppen und den Bolschewikbanden erstreckt sich über ganz Besarabien. Die rumänische Regierung ergreift alle möglichen militärischen Maßnahmen, um die eigenen und die rumänischen Truppen an der rumänischen Front sowie die Bevölkerung der Moldau vor Hunger zu schützen. In Bukland wurden viele rumänische Offiziere und Parlamentarier verhaftet, besonders in Odessa.

Petersburg, 5. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Beim Kriegskommissariat eingelaufene Nachrichten bestätigen, daß die Kämpfe zwischen den russischen Truppen und den Rumänen heftiger sind und die Ruhe wiederhergestellt ist. Die nach Kischinew vorgehenden Rumänen wurden gegen die rumänische Grenze zurückgeworfen. Das Kriegskommissariat ist der Meinung, daß der Sieg der maximalistischen Truppen über die Zentralrada dem Vorrat der rumänischen Truppen in Besarabien ein Ende machen wird, da die ukrainische Regierung ihnen ihre Unterstützung gesehen hat.

Eröffnung der sibirischen Duma.

Petersburg, 5. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In Tomsk wurde die sibirische Duma eröffnet, die zur Beratung der sibirischen Gesezgebenden Versammlung die vollziehende Gewalt in ganz Sibirien ausüben wird. Die Duma zählt 30 Mitglieder. Vertreter der Semstwo, Städte, Genossenschaften und der Sibirien bewohnenden Völkerschaften, sowie Vertreter der Eisenbahn- und Postbeamten und anderer öffentlicher Einrichtungen.

Entente-sozialistische Konferenzvorbereitung.

London, 5. Februar. (Reuter.) In kurzem wird eine Abordnung der britischen Arbeiter nach Paris gehen, um, wenn möglich, vor dem Zusammentritt der allgemeinen internationalen Tagung in London am 20. Februar eine Nebereinkunft der englischen und französischen Arbeiter und Sozialisten herbeizuführen und eine internationale sozialistische Tagung in der Schweiz vorzubereiten. Der Abordnung werden wahrscheinlich angehören: die Mitglieder des parlamentarischen Ausschusses des Gewerkschaftskongresses Thorne und Bowernan, sowie Purdy und Arthur Henderson.

Die Wahlreform in England.

London, 5. Februar. Das Unterhaus lehnte mit 290 gegen 141 Stimmen die Kompromißvorschläge des Oberhauses bezüglich der Verhältniswahl ab. Man erwartet, daß das Oberhaus sich diesem Beschlusse fügen und daß die Wahlreformvorlage morgen endgültig angenommen werden wird.

Schwedens Handelsverständigung mit den Alliierten.

London, 5. Februar. Reuter erfährt, daß als Ergebnis des Besuchs schwedischer Handelsabgeordneter ein für beide Teile verbindliches vorläufiges Abkommen getroffen worden sei. Es sei gute Aussicht auf eine endgültige Verständigung, bei der man die Verhandlungen vervollständigen würde.

Neue Unruhen in Spanien.

Bern, 5. Februar. Spanier Blätter melden aus Madrid: In Guelda sind infolge des Lebensmittelmangels neue Unruhen ausgebrochen. Die Lebensmittelgeschäfte wurden von der Menge angegriffen. Mehrere hundert Frauen veranstalteten in der Stadt Kundgebungen, so daß die Bürgergarde zur Wiederherstellung der Ordnung eingreifen mußte.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 6. Februar. Amlich. Giese unterer U-Boote, Kommandant Kapitänleutnant Werninger, hat im westlichen Teil des Kermelkanals drei Dampfer, zwei Segler und vier englische Fischereifahrzeuge mit rund 20 000 B. M. Z. versenkt. Die in beträchtlichem Maße vorhandene Gegenwirkung überwand das Boot durch geschickte Anlege und Wahn durchgeführte Angriffe.

Unter den Schiffen befand sich der große englische bewaffnete Dampfer Manhattan (8004 T.), der englische Schoner Periton und die Fischereifahrzeuge General Laman, Perseverance und Abdag.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Kleine Kriegsnachrichten.

Die Ueberreste des bei Birey abgeschossenen deutschen Flugzeuges wurden beim Transport durch Paris von einer wütenden Menge belohnend vollkommen zerstört. Erst nach dem Aufgebot einer größeren Polizeibehörde konnten die Ueberreste nach dem Bestimmungsort abgeführt werden.

Keine weitere Demobilisierung in Holland. Der niederländische Kriegeminister erklärte in der Zweiten Kammer, daß eine Demobilisierung augenblicklich unmöglich sei. Wenn der Kampf im Osten vorüber sei, könne er im Westen um so schärfer werden. Mit der Entlassung von Jahrgängen sei schon so weit wie möglich gegangen worden und 62 Prozent der Armee seien bereits entlassen.

Die Bildung der russischen Roten Armee. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Der Oberkommandierende des Petersburger Bezirkes hat die Bildung des ersten Korps der Roten Armee der Bauern und Arbeiter anbefohlen. Ausschüsse für Einkleidung und Zulassung der Kameraden wurden bei allen Regimentenanschießen und örtlichen Stäben der Roten Garde eingesetzt. Der Kommandant des 128. Infanterieregimentes, Komarab Potapoff, wurde zum Instrukteur des Korps ernannt.

Die Opfer der am Kriege Unbeteiligten. Sonar Law antwortete im Unterhause auf eine Frage, es seien im ganzen 14 120 am Kriege unbeteiligte Männer, Frauen und Kinder durch deutsche Unterseeboote und Flugzeuge getötet worden. Von den Deutschen seien keine Berichte über die Tötung von am Kriege Unbeteiligten infolge kriegerischer Handlungen der Alliierten veröffentlicht worden.

Ausschußberatung der Herrenhausvorlage.

Eine Mißgeburt.

Mit Mühe und Not hat sich die Verfassungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses endlich über die Grundzüge der Zusammenlegung des Herrenhauses verständigt. Gewiß wird die Erste Kammer, wenn der Beschluß Gesetzeskraft erlangt, in Zukunft ein anderes Antlitz aufweisen, aber an dem Wesen dieses mittelalterlichen Gebildes wird dadurch nichts geändert, und auch die Wahl einiger Arbeitervertreter wird nicht dazu beitragen, das Herrenhaus zu einem modernen Parlament zu gestalten. Selbst grundsätzliche Anhänger des Fideikommisswesens werden bei vorurteilloser Kritik nicht in Abrede stellen können, daß diese Erste Kammer uns geradezu vorfinstlich anmutet und daß sie einzig und allein da ist, den Fortschritt in Gesetzgebung und Verwaltung zu hemmen. Alles das ist ja auch die offen ausgesprochene Absicht der Kommissionsmehrheit. Zuerst soll eine durch und durch reaktionäre Erste Kammer geschaffen werden, die ein Gegengewicht gegen eine radikale Zweite Kammer bilden soll, und wenn dieser Plan gescheitert ist, dann wird man auf Mittel und Wege sinnen, wie man der Radikalisierung der Zweiten Kammer vorbeugen kann. So werden jetzt die herrschenden Klassen doppelt bevorzugt, und die heute entrechteten Schichten bleiben so gut wie rechtlos, der Oberherrschaft und dem Juli-Erlaß ist scheinbar Rechnung getragen, in Wirklichkeit bleibt alles ziemlich beim alten.

Der Feuertreiber, mit dem besonders die beiden konservativen Parteien sich gegen die Wahl von Arbeitervertretern durch ihre berufenen Organe wehren, ist kennzeichnend. Gegen Arbeiter im Herrenhause haben auch sie nichts einzuwenden, aber es dürfen nicht Arbeiter sein, die das Vertrauen ihrer Berufskollegen genießen, sondern aus königlichem Vertrauen berufene Arbeiter. Alle ihre Einwände, daß es an einem geeigneten Präsentationskörper fehle, daß die Arbeiter keinen einheitlichen Berufsstand bilden, daß sie kein selbständiger Stand seien usw., sind nur Vorwände, hinter denen sich in Wirklichkeit die Abneigung gegen die Gleichberechtigung der Arbeiter verbirgt. Die Feuertreiber können denn auch ein großes Maß von Selbstvertrauen gewonnen zu haben, sie liehen ihren grundsätzlichen Widerspruch fallen, so daß in der Abstimmung die Konservativen schließlich allein blieben.

Die Ausschlußberatung der Herrenhausvorlage ging am Mittwoch weiter. Der Unterausschuß hatte seine Anträge vorgelegt, die die in der Vorlage vorgesehene Vertretung des Handels und der Industrie zugunsten der landwirtschaftlichen Vertretung verringern. Dagegen wendete sich der Handelsminister; Handel, Industrie und Landwirtschaft müssen als gleichwertig behandelt werden. Da unter dem gleichen Maßstab die Handels- und Industriezentren Arbeiter aus Abgeordnetenhäusern wählen würden, so müßte für eine entsprechende Vertretung im Herrenhause vorgezogen werden. Eine

Vertretung der Arbeiter

im Herrenhause war vom Unterausschuß nicht vorgesehen worden, sie wurde aber in der Debatte insbesondere von dem Sozialdemokraten und dem Fortschrittlichen entschieden gefordert. Der Sozialdemokrat betonte dabei abermals, daß die Arbeiter nicht auf das königliche Vertrauen angewiesen werden dürften, sondern ein Präsentationsrecht erhalten müßten. Als Präsentationskörper kämen sehr wohl die Arbeitnehmerverbände bei den Versicherungsämtern in Frage.

Nach weiterer Debatte wollten die Konservativen die Abstimmung noch mal ausschieben; dagegen protestierten die anderen Parteien, und der Antrag wurde schließlich zurückgezogen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Unterausschusses angenommen, wonach im § 4 bestimmt werden soll, daß auf Grund von Präsentation zu berufen sind: 48 Vertreter der Städte mit über 50 000 Einwohnern, 3 weitere Vertreter der Stadt Berlin, 24 Vertreter der übrigen Städte und der Landgemeinden mit über 10 000 Einwohnern, 24 Vertreter der Provinzen, 1 Vertreter der Hohenzollernschen Lande, 24 Vertreter der ländlichen Selbstverwaltung, 48 Besitzer solcher Landgüter, die bereits seit 50 Jahren im Besitz derselben Familie sind, 24 weitere Vertreter der Landwirtschaft, 24 Vertreter großer Anteile an der Industrie oder des Handels, 18 Vertreter des Handwerks, 18 Vertreter der Hochschulen und 18 Vertreter der evangelischen und der katholischen Kirche, zusammen 302. Dazu fügte der Ausschuß noch: 16 Arbeitervertreter, 12 Vertreter der Privatangestellten, 6 unmittelbare und mittelbare Staatsbeamte, 6 Lehrkräfte von höheren und mittleren Schulen, Volksschulen und Lehrerbildungsanstalten, 6 Angehörige der übrigen gelehrten Berufe, 3 Angehörige technischer Berufszustände, 3 Bildende und ausübende Künstler, Schriftsteller und Journalisten. Alle diese sollen

aus allerhöchstem Vertrauen

berufen werden, solange nicht durch Gesetz Präsentationskörper für sie gebildet sind. Beschlossen wurde weiter, daß die aus könig-

lichem Vertrauen Berufenen nicht auf Lebenszeit, sondern auf 12 Jahre berufen werden (fortschrittl. Antrag), sowie, daß das Herrenhaus nicht mehr Mitglieder haben darf, als das Abgeordnetenhaus.

Darauf wurde noch § 7 angenommen, wonach die Teilnahme an der Präsentation eine mindestens dreijährige preussische Staatsangehörigkeit voraussetzt. Dagegen waren Bedenken im Hinblick auf die reichsrechtlich gewährleistete Freizügigkeit erhoben worden. Vizeministerpräsident Dr. Friedberg meinte, man könne die Beschlußfassung verschieben bis zu der über das Wahlrecht für den Reichstag zu beschließenden Staatsangehörigkeit. Aber der Ausschuß nahm den § 7 sogleich an. Weiterberatung Donnerstag.

Zusammentritt des Reichstages.

Die nächste Sitzung des Reichstages findet am 19. Februar, nachmittags 3 Uhr, statt. Tagesordnung: Anfragen, Petitionsberichte.

Es liegen wieder eine Anzahl kleiner Anfragen und Antworten auf solche in den Drucksachen vor. Eine Anfrage des Abg. Klor bringt auf Abänderung der Bestimmungen des Postgesetzes über die Schadenersatzleistungen, wonach für verloren gegangene Pakete im Höchstfalle ein Betrag von 3 M. pro Pfund vergütet wird.

Kampf gegen den gewerbmäßigen Schleichhandel!

Verstärkte Strafbestimmungen.

Von einer bevorstehenden Bundesratsverordnung zur Bekämpfung des Schleichhandels macht die „R. A. Z.“ Mitteilung. Nach ihren Angaben deuten gewisse Anhaltspunkte darauf hin, daß die Zahl der gewerbmäßigen Schleichhändler mehrere Hunderttausend betragen muß. „In einem Teil“, schreibt die „R. A. Z.“, „sind es Kleinhändler, die sich in früheren Zeiten mit dem An- und Verkauf von Lebensmitteln beschäftigt haben, zu einem Teil Kleinkaufleute, die von früher her noch „Verlegungen“ haben. Die Tätigkeit dieser Schleichhändler hat aber in dem jetzigen Umfange derartig bedenkliche Folgen, daß dadurch das ganze Ernährungsprogramm der Regierung gefährdet werden kann. Denn dadurch, daß diese mehrere Hunderttausend Schleichhändler ständig vertrieben, Ware der öffentlichen Bewirtschaftung zu entziehen, wird die Menge, die den amtlichen Stellen zur Verfügung steht, ungewöhnlich verläßt, und es werden so Lebensmittelschwierigkeiten hervorgerufen, die durch die tatsächlichen Verhältnisse nicht begründet sind. Es wird der Regierung unmöglich gemacht, die gerechte und gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung durchzuführen.“

Aus diesem Grunde sieht sich die Regierung zu einem außerordentlich scharfen Eingriff gezwungen. Wie wir erfahren, wird sich der Bundesrat demnächst mit einem Gesetzentwurf befassen, der ein besonders strafrechtliches Vorgehen gegen den gewerbmäßigen Schleichhandel in Aussicht nimmt. Schon früher haben die Preisprüfungsstellen verurteilt, gegen den gewerbmäßigen Schleichhandel vorzugehen, einen Erfolg hatten sie hierbei indessen nicht aufzuweisen. Kammern erhalten die maßgebenden Stellen, daß die neuen Bestimmungen jeden Schleichhandel in Zukunft infolge der Höhe der Strafen völlig unterdrücken. Nach dem Gesetzentwurf sollen strafrechtlich verfolgt werden alle gewerbmäßigen Schleichhändler, die vorzüglich eine Gesetzesbestimmung verletzen. Als Strafe wird unter allen Umständen Gefängnis und daneben noch eine Geldstrafe bis zu 100 000 M. vorgeschrieben. Darüber hinaus kann die Einziehung der Ware, mit der die strafbare Handlung begangen ist, verfügt werden. Wird ein Schleichhändler zum dritten Male beim gewerbmäßigen Schleichhandel zur Anzeige gebracht, so kann das Gericht nur noch auf Zuchthaus und daneben auf Geldstrafe und Einziehung der Ware erkennen.“

Soweit die „R. A. Z.“. Wir haben gegen scharfste Bekämpfung des gewerbmäßigen Schleichhandels nicht das mindeste einzuwenden. Aber wir teilen nicht den Optimismus der „R. A. Z.“, daß durch solche Bestimmungen der Schleichhandel völlig unterdrückt werden wird. Scharfste Verschärfung der Lebensmittelpreise beim Erzeuger tut vor allem not. Wird sie nicht durchgeführt, dann wird auch der Schleichhandel weiter blühen und das erhöhte Strafrisiko durch erhöhte Preise einzubringen suchen.

E. R., der Geist mit dem Hakenkreuz.

Dräger gegen Reventlow.

Graf Ernst Reventlow sorgt für meine Verächtlichkeit. Er schreibt zwei Spalten der „Deutschen Tageszeitung“ (Nr. 63 vom 4. Februar) mit jenem wunderlichen Deutsch voll, das zu seiner Politik so herrlich paßt. E. R. ist für die Gewalt auch der deutschen Sprache gegenüber und läßt über die klaren, eindeutigen Meinungen anderer Leute mit lautem Geschrei her. Du kannst mit Engelszungen reden. E. R. brüllt aus altpreussischer Kehle zu allem nur „Hurra“. Das ist für ihn der Gipfel menschlicher Weisheit.

Meine notwendige Erklärung zum Jitak des Staatssekretärs Wälsch deutet der Geist mit dem Hakenkreuz auf seine jactant besessene Art um. Er macht das nach dem Rezept:

„A. hat sich nie des Wahren beflissen, im Widerspruch stand er's; nun glaubt er alles besser zu wissen, und weiß es nur anders.“

E. R. denkt bei dieser Erklärung sogar an Kirchliche. Werkwürdig! Ich liebe bei meiner Erklärung an den gleichen Kirchliche gedacht, der seinem Jactantismus das herrliche Wort in den Mund legt: „Ich beschwöre euch, meine Brüder, daß ihr wieder die Erde liebt.“ Es scheint also, daß E. R. nicht weit genug in Kirchliche geleitet hat, sonst könnte er kaum das größere Gefühl in Sänsfäden legen.

Was will Graf Eisenstein eigentlich von mir? Er fabelt von einer gefallenen Maske. Mein Gedicht „Veleninnis“ kann er damit nicht meinen, denn er kennt dieses Gedicht überhaupt nicht. Ober weiß E. R., daß es im zweiten Vers heißt: „Dah kein fremder Fuß betrete den heimischen Grund, stirbt ein Bruder in Polen, liegt einer in Glandern wund“. Im folgenden Vers: „Alle hätten wir deiner Grenze heiligen Saum“. Wären ihm diese Stellen bekannt, dann könnte er mit dem Geschreibsel von der „Maske“ gleich einpaßen. Er wird sich wohl hüten, seinen Lesern diese Stellen bekannt zu geben, wie es bisher ja auch noch keinem Regierungsmann eingefallen ist, diese Zeilen in die politische Debatte zu werfen. Sie umschreiben nämlich das Kriegsziel der Sozialdemokraten.

Das Gedicht „Veleninnis“ hat ein seltsames Schicksal erlebt. Niemand war über die Wirkung der Verse mehr erstaunt, als ich

selbst. Sprechen die Verse doch eine Selbstverständlichkeit aus, die nur in bürgerlichen Kreisen wie eine Offenbarung wirken konnte. Warum? Weil diese Kreise nichts vom Geiste des Völkertums wissen und sich in Vorkriegszeiten nur an die oberflächlichsten Schlagworte hielten. Kein Sozialdemokrat hat daran gedacht, sein Land bei Kriegsausbruch im Stich zu lassen. Dagegen scheint das Bürgertum sehr von dieser Angst geplagt worden zu sein. Anders läßt sich die Aufnahme des Gedichtes „Veleninnis“ nicht erklären. E. R. will nun mir und der Sozialdemokratie aus dieser Aufnahme einen Strich drehen und stellt diesen Strich der Regierung freudig zur Verfügung, damit sie uns daran aufhängt. Was kann ich für die Auslegung meiner Worte? Niemand hat mich um den Sinn der Verse gefragt, auch E. R. nicht, der mir heute allerhand Fragen und Schandfäden ins Gesicht malt, sie dann auswischt und triumphierend behauptet, jetzt sei „eine Maske gefallen“. E. R. wird zwar Goethe nicht als „deutsch“ gelten lassen, denn der hatte kein Hakenkreuz auf der Stirn. Aber Goethe soll mir helfen, der gemeint hat: „Warum erklärst du's nicht und läßt sie gehn? Weh's mich denn an, wenn sie mich nicht verklein?“

Was ist also mit der gefallenen Maske? E. R. legt sie Menichen anderer Gesinnung erst auf, um sie ihnen dann abzureißen. Er ist ein guter Politiker, denn er hat alle Eigenschaften eines solchen Schauspielers. Er schreibt mir über „gefallene Masken“, damit man nicht sieht, daß er seine Maske noch auf hat, und was für ein Gesicht hinter dieser Maske steckt, weiß langsam jeder vernünftige Mensch in Deutschland. Karl Dräger.

Lasset die Kindlein zu mir kommen — aber nicht von Streikenden.

Frau Rittergutsbesitzer von Dypen geb. von Arnim, auf Haus Tornow (Kr. Lebus) sendet uns folgenden Brief:

An die Redaktion des „Vorwärts“.

Es gelangt der Aufruf in meine Hände vom Landrat, betreffs der Aufnahme der städtischen und Industriebedürftigen aufs Land.

Ich habe voriges Jahr eine Kolonie eingerichtet. Eine größere Schar Berliner Kinder haben sich seit geessen, ich habe ihnen Liebe geschenkt und nun — soll ich dies Jahr wieder Kinder von Leuten nehmen, die vielleicht zu den Vaterlandsverräteren gehören, die dafür sorgen und ihr Möglichstes dazu tun, daß unsere Männer und Söhne an der Front durch das Jählos, feige Verlassen ihrer Brüder dabeim hingepfercht werden?

Reinen Sie, daß unsere Menschenliebe so weitginge? Ich läme mir selbst als Verräter vor.

Ich fürchte, es wird dies Jahr schlecht stehen um die Freundschaft der Landleute. Ihre Kinder aufzunehmen! Wer hat die Schuld daran? —

Ergebenst

M. E. v. Oppen.

Da Frau von Dypen offenbar glaubt, daß ihre Person durch die Veröffentlichung dieses Schreibens gewinnt, so kommen wir ihrem Wunsche nach, das Urteil unsern Lesern überlassend.

Streikinterpellation in Sachsen.

Wie die „Nordd. Allgem. Ztg.“ meldet, hat die sozialdemokratische Fraktion in der sächsischen Zweiten Kammer folgende Interpellation eingebracht:

„In der Regierung bekannt, daß, wie im Reiche, so auch in Sachsen zahlreiche Demonstrationen für den Frieden, sowie für bessere Regelung der Ernährungsfragen stattgefunden haben?“

„Kennt die Regierung die einzelnen Forderungen der Streikenden und ist sie bereit, im Sinne der Forderungen zu wirken? Stügt die Regierung das Vorgehen der Generalkommandos gegen die Streikenden?“

Die nationalliberale Partei verkauft ihr Rußbett! Zeichen der Zeit im Interatentel des „Berl. Volksanzeigers“! Da findet sich am 6. d. folgende kleine Anzeige:

Rußbett

verkauft nationalliberale Partei, Wilhelmstr. 46—47.

Nach dreieinhalb Jahren des Weltkrieges und sonstigen bewegten und bewegenden Ereignissen hat jetzt selbst die nationalliberale Partei für ihr Rußbett keine Verwendung mehr, und nun können sich das Märkische Museum in Berlin und das Germanische Museum in Nürnberg um das kostbare Stück streiten, dessen Verkauf so recht den Wandel der Zeit verrät.

Soziales.

Arbeitsgemeinschaft der Archive für Kriegswohlfahrt.

Auf Anregung der „Freien Vereinigung für Kriegswohlfahrt“ ist kürzlich ein Zusammenschluß der Wohlfahrtsarchive zustande gekommen. Diesen Archiven fällt die wichtige Aufgabe zu, die Erfahrungen der sozialen Fürsorge festzuhalten. Nur wenn dies in sorgfältiger und umfassender Weise geschieht, wird es möglich sein, die tiefgreifenden Veränderungen und zum Teil sehr wertvollen Errangenschaften, die der Krieg auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege und der Sozialpolitik hervorgerufen hat, wissenschaftlich zu verarbeiten und für die Friedenszeit praktisch zu verwerten. Zwischen den vorhandenen Archiven, die meist an praktisch arbeitende Organisationen angegliedert sind, ist eine gewisse Arbeitsleistung vorhanden. Die auch auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge sich überschneidenden Kriegsnöwendigkeiten haben aber diese Grenzen vielfach überschritten. Da außerdem bisher fast kein Zusammenhang zwischen den einzelnen Archiven bestand, ist ein und dieselbe Arbeit vielfach von den verschiedensten Stellen aufgenommen worden, so daß eine große Zersplitterung der Arbeit entstanden ist. Auch wer über sozialfürsorgliche Maßnahmen, sei es zu praktischen, sei es zu theoretischen Zwecken, Auskunft haben will, hat große Mühe, die zuständige Stelle ausfindig zu machen. Nach schwerer wird es dem wissenschaftlichen Bearbeiter, sich zweifelhafte Material zu beschaffen. Um dieser Bemerkung zu steuern, ist daher eine Zusammenarbeit der bestehenden Archive herbeigeführt. In der Geschäftsstelle, die an die Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Berlin W. 50, Augustburger Str. 61, angegliedert worden ist, ist eine Zentralarchivstelle geschaffen worden, die über die Sammlungen der Archive genau unterrichtet ist, über die Weiterarbeit ständig auf dem Laufenden gehalten wird und außerdem in der Lage ist, den Archiven Anregungen zu geben. Allen Auskunftsuchenden ist daher dringend zu raten, sich an die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft zu wenden, die dann über die zuständige Archivstelle zur Auskunftserteilung veranlaßt. Der Arbeitsgemeinschaft sind alle bedeutenden Archive auf dem Gebiete der eigentlichen Wohlfahrtspflege konfessioneller wie interkonfessioneller Art, sowie auch sozialpolitische Organisationen, die großen Gewerkschaftsbünde und Berufsorganisationen angegliedert. Auch für Wohlfahrtsorganisationen, die der Arbeitsgemeinschaft nicht angegliedert sind, dürfte es zweckmäßig sein, sich in Zweifelsfällen um die Geschäftsstelle zu wenden und vor allem ihre solche Anfragen zu überweisen, für deren Beantwortung sie sich selbst nicht für zuständig halten.

Gewerkschaftsbewegung

Der Vorstand des Deutschen Landarbeiter-Verbandes wendet sich in einem längeren Aufruf an die Mitglieder, um die Notwendigkeit einer wöchentlichen Beitragszahlung darzulegen. Zunächst soll durch diese Maßnahme erreicht werden, daß der Verband, der bisher von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands durchschnittlich 40.000 M. pro Jahr erhielt, sich auf eigene Höhe stellen kann.

Andererseits soll der Verband durch die Beitragszahlung in die Lage versetzt werden, seine Hauptaufgabe, die Lebensverhältnisse seiner Mitglieder durch Erhöhung ihres Einkommens zu verbessern, mehr wie bisher erfüllen zu können.

Die Weggefährten der Krankenunterstützung soll für diejenigen Mitglieder, die durch langjährige Mitgliedschaft dem Verband die Treue bewahrt haben, verlängert werden. Die Unterstützungsätze bei Krankheitsfällen sollen pro Tag etwas erhöht werden.

Nach den vom Verbandsvorstand gemachten Vorschlägen zahlen auch in Zukunft, entsprechend ihrem geringeren Verdienst, die Mitglieder des Landarbeiter-Verbandes sehr niedrige Beiträge im Vergleich zu denen in allen anderen Gewerkschaften.

Es sollen ab 1. April 1918 erhoben werden in der 1. Klasse, der nur weibliche Mitglieder im östlichen Gebiete Preußens angehören können, 15 Pf. pro Woche; in der 2. Klasse, der gleichfalls nur weibliche Mitglieder angehören dürfen, 20 Pf. pro Woche; in der 3. Klasse 25 Pf. pro Woche, in der 4. Klasse 30 Pf., in der 5. Klasse 35 Pf., in der 6. Klasse 40 Pf.

Verbandsvorstand und Gauleiter betonen am Schluß des Aufrufes, daß die gegenwärtigen Verhältnisse und sonstige Schwierigkeiten das Abhalten von Bezirkskonferenzen mit anschließender Generalversammlung unmöglich machen. Es werde daher auf das Einverständnis der Mitglieder zu diesen Vorschlägen gerechnet.

Parteinachrichten.

Gründung einer freien Jugendorganisation in Magdeburg.

Die Magdeburger Arbeiterjugend hat sich zum Zwecke einer besseren und planmäßigeren Jugendarbeit eine feste Vereinsform geschaffen und damit die bisherige lose Form der Organisation aufgegeben. In einer öffentlichen Jugendversammlung, die sehr stark besucht war, sprach Genosse Medaheur Müller über das Wirken und die Ziele der Arbeiterjugendbewegung. Der Antrag, einen festgelegten Jugendverein zu gründen, fand die begeisterte Zustimmung der Versammlung, nachdem die Vorsitzenden der Jugend sich dafür ausgesprochen hatten. Über 800 Jugendliche erklärten sofort ihren Beitritt zu dem neugebildeten Verein.

Der Gedanke des festen Zusammenschlusses der arbeitenden Jugend hat unter den Wirkungen des Krieges, von denen die heranwachsende Generation besonders hart betroffen wurde — wir erinnern nur an die Lufschutzbestimmungen und die dadurch hervorgerufenen schmerzlichen Nachteile für die Jugend — lebhaften Widerhall in den Herzen der arbeitenden Jugend gefunden. Das Beispiel der Magdeburger Arbeiterjugend wird darum auch die Anhänger unserer Jugendbewegung allerorts anspornen, sich mit vermehrtem Eifer für die Sache der Jugend einzusetzen!

Ein Zimmerwandler über Lenin.

Es. Kaine schreibt in der „Sentinelle“: „Es mag Manzel an Geschmeidigkeit sein, aber nachdem ich immer die Freiheit der Presse, die Rechte des Parlaments, den Völkern, die Initiative und solche Kleinigkeiten verfochten habe, wäre es mir außerordentlich peinlich, mich darüber wegzuweichen, selbst in Gesellschaft guter Genossen. Wenn ich all diese Dinge in den Wind schlage, wie die Bourgeois, so möchte ich fürchten, ihnen zu gleichen, und das wäre das Schändlichste, das die Schwere und Redefreiheit, das allgemeine Stimmrecht, die Initiative und das Referendum nur solange gut waren, als wir die Schwächeren waren, daß sie aber verwerflich seien, sobald wir das Messer am Hoft halten. Das ginge mir nicht leicht in den Kopf.“

Fortschritte in Breslau.

Der Sozialdemokratische Verein Breslau beschloß in einer von 600 Personen besuchten Mitgliederversammlung die Erhöhung der Beiträge für Frauen von 20 auf 30 Pf., für Männer von 40 auf 60 Pf. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Im letzten Quartal 1917 betrug der Zugang an neuen Mitgliedern 992, der Abgang (durch Tod, Einziehung, Wegzug usw.) 146, so daß ein Zuwachs von 846 Mitgliedern verbleibt.

Der Abonnementstand der „Volkswacht“ vermehrte sich gleichzeitig um 200-300 in der Woche, während der bewegten Tage mußten wegen der gestiegenen Nachfrage im Straßenverkauf 60.000 bis 81.000 Exemplare gedruckt werden.

Industrie und Handel.

Erhöhung der Kohlen- und Eisenpreise.

Die Eisenwerke haben trotz der wahrhaft glänzenden Bilanzen und der — bei halbwegs gutem politischen Wetter — täglichen großen Kurssteigerungen an der Börse den beneidenswerten Mut gefunden, vom Handelsminister die Zu-

stimmung zu einer Erhöhung der Eisenpreise zu verlangen, wobei natürlich mit hohen Löhnen gütlich gemacht wird. Auch das Kohlenyndikat wird sich — spätestens in der zweiten Märzhälfte — diesem Sturm auf anschließen. Auf diese Art wird eine eventuelle Erhöhung der Kriegsteuer von Anfang an in der tatsächlichen Wirkung für den Reichsschatz aufgehoben. Graf Ribbentrop mag sich rühmen, daß die letzte Veranlagung fünf Milliarden gebracht hat, und aus dieser ersten Rundsichtlichen Summe ein Argument gegen ein allzu starkes Anziehen der Steuerhahne herleiten — er wird damit nur großen Kindern imponieren. Was die Industriellen mit der rechten Hand gaben, das haben sie mit der linken dem Reichsschatz und nachgiebigen, allzu nachgiebigen Beamten entzissen.

Zwar hat der preussische Handelsminister gelegentlich aufgemerkt, so bei dem Verbot der Spekulationen mit Aktien oder bei mancher Preiserhöhung. Aber es scheint, als wäre das nur geistliches, damit was geschieht. Den massiv verdienenden Automobilfabriken ist trotz des Einpruchs von führenden Handels- und Industriezeitungen ein Preisauflage von 25 Proz. bewilligt worden. Und ebenso werden die Eisen- und Kohlenmagnaten über kurz oder lang freundwilliges Gehör finden, besonders in dieser Zeit der politischen Reaktion.

Es lohnt sich aber vielleicht doch, ein Blatt zu zitieren, das sich, mag es sich politisch auch der Schwerindustrie verschrieben haben, in seinem wirtschaftlichen Teil eine bemerkenswerte Selbstständigkeit bewahrt hat, die „Kölnische Volkszeitung“:

„Die Gründe, die man für eine Preiserhöhung ins Feld führt, sind bekannter Art: Erhöhung der Preise für Roh- und Hilfsstoffe, Steigerung der Löhne, öffentliche Lasten usw. Es mag richtig sein, daß die Herstellungskosten heute in einzelnen Zweigen des Eisenwerkes mit den „Verkaufspreisen“ nicht mehr völlig in Einklang stehen. Man muß jedoch, wenn man die Ertragsfähigkeit der Industrie richtig beurteilen will, das Augenmerk nicht allein auf die festgesetzten Verkaufspreise richten, sondern auf die Einnahmen überhaupt (so im Eisenwerke auf die riesigen Erlöse für gewisse weiterverarbeitete Erzeugnisse). In der Kohlenindustrie sehen sich diese Einnahmen nicht nur aus den im Inland erzielten Erlösen, sondern auch aus den vom Ausland erhaltenen zusammen. Von den besondern Vergütungen, die das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat seit mehr als einem Jahre an die Zechenbesitzer ausschüttet, ist in der Öffentlichkeit nur sehr wenig bekannt: für die Lösung der Frage wegen der Kohlenpreise wäre es sehr lehrreich, wenn das Syndikat einmal die Gesamtsumme der besondern Zuwendungen, die es allein im Jahre 1917 neben den regelmäßigen monatlichen Erträgen an die Zechenbesitzer ausgezahlt hat, bekanntgeben würde.“

Ebenso wie die hohen Gewinne bei weiterverarbeiteten Produkten der Eisenindustrie Erhöhungen der Selbstkosten reichlich ausgleichen, ebenso bei der Kohलगewinnung die enormen Erträge der bei der Verkohlung gewonnenen Nebenprodukte. Und wenn zur Entschuldigung darauf verwiesen wird, daß bei der Preisfestsetzung die unrentabelsten Werke maßgebend sein müssen, um die höchste Produktion zu erzielen, so ist auf dieses verrückte Dogma zu erwidern, daß die Kriegsorganisationen ausgebaut genug sind, an Stelle der blöden und doch so wunderbar pfiffigen Schematisierung der Preise eine gewisse Individualisierung treten zu lassen. Es müssen nicht dieselben Preise an Krupp und einen Schlossermeister gezahlt werden.

Anorganischer Alkohol.

In der „West. Zig.“ erzählt Prof. Dr. A. Erdt: „Die neueste technische Ueberwindung auf dem Gebiete der Katalyse ist die endliche Lösung eines schon vor 30 Jahren unvorbenen Problems, die Gewinnung von Alkohol aus Kohlen. Im Gegensatz zum bisherigen Wege, der Vergärung zuckerhaltiger Erzeugnisse des Pflanzenreiches ist es nunmehr gelungen, auf rein anorganischem Wege den nicht nur als Genußmittel, sondern in noch viel höherem Grade als Rohstoff für die Industrie wichtigen Alkohol in wirtschaftlicher Weise herzustellen. Das Kohlen wird aus einem Gemisch von gebranntem Kalk und Kohle (Koks oder Anthrazit) in der Hitze des elektrischen Stroms erdmolzen. Aus dem Karbid entwickelt man durch Einwirken in Wasser auf bekannte Weise Acetylen und leitet dies Gas durch angesäuertes Wasser, welches durch Silberlösung enthält. Dann verbindet sich Wasser (H₂O) und Acetylen (C₂H₂) zu Acetylaldehyd (C₂H₃O), welchem man schließlich die zum Alkohol (C₂H₅O) fehlenden Wasserstoffatome anteaetzt, indem man seinen Dampf mit Wasserstoff über Nickel leitet. Wünschenswert dagegen Essigsäure (C₂H₃O₂) zu bekommen, einen für die chemische Industrie höchst wichtigen Rohstoff, so leitet man den Acetylaldehyd mit Luftsaurestoff gemischt über das Nickel. Die Schwerezeitungen im vergangenen Herbst meldeten, wird gegenwärtig bei Wisp im Wallis, wo große Wasserkraft billigen elektrischen Strom für die Karbidöfen liefern, von den Konzernen eine gewaltige Anlage erbaut, welche bis zu hundert Millionen Kilogramm Alkohol im Jahre liefern und den ganzen Bedarf der Schweiz decken soll. Die wirtschaftlichen Folgen dieser Umwälzung sind nicht abzusehen.“ Nicht nur die wirtschaftlichen, auch die finanziellen Wirkungen sind nicht abzusehen. Spiritus soll eine ergiebige Steuer-

quelle nach dem Kriege sein, ergiebiger als schon jetzt. Es ist die Befürchtung nicht ganz von der Hand zu weisen, daß die Agrarier versuchen werden, die Entwicklung der anorganischen Alkoholvergewinnung zugunsten der organischen — etwa durch ein Monopol — zu verhindern. Ein solcher Versuch wäre für die chemische Industrie Deutschlands umso gefährlicher, als die schweizerischen Konkurrenzwerke die Gewinnung anorganischen Alkohols im größten Umfang aufnehmen.

Kräftige Förderung der Elektrizitätswirtschaft in Oesterreich.

Bei Einbringung der Elektrizitätsvorlage im Abgeordnetenhaus befragte der Arbeitsminister Hofmann die bisherige Rückständigkeit Oesterreichs auf diesem Gebiete, die vor allem in der unzulänglichen Ausnutzung der Wasserkraft, in der Systemlosigkeit der Elektrizitätswirtschaft, sowie im Ueberwiegen der kleinen Betriebe gegenüber den Großbetrieben liegt. Durch eine entsprechende Ausnutzung der Wasserkraft würde sozial Kohle erspart, daß Oesterreich nicht mehr aus dem Deutschen Reich Kohle einführen müßte, sondern imstande wäre, Kohle nach Deutschland auszuführen. Der Leitgedanke des neuen Gesetzes sei die möglichste Förderung der Elektrizitätswirtschaft, die Befestigung der Heimindustrie und die gleichzeitige Sicherstellung der gesamtstaatlichen, gemeinwirtschaftlichen Bedürfnisse. In der Besprechung der Einzelbestimmungen der Vorlage erörterte der Minister die Einführung der Konzeptionspflicht und der staatlichen finanziellen Beihilfe durch Teilnahme des Staates an der Kapitalbeschaffung, Leistung von Garantievorschüssen, sowie Vorsorge für eine rationelle Kapitalbeschaffung. Neu sei die Gewinnbeteiligung des Staates die nur gegenüber solchen Unternehmungen eintreten werde, welche besonders staatliche Begünstigungen genießen.

Eine deutsche Stadtanleihe in der Schweiz. Die Bank für Handel und Industrie, Filiale München, übernahm laut Münch. Neueste Nachr., 10 Millionen Mark Bros. Münchener Stadtanleihe zur ausschließlichen Begebung im neutrosen Ausland. Die Anleihe ist zehnjährig, lautet auf Mark und ist in Mark rückzahlbar, so daß ein Valutaverlust ausgeschlossen ist. Der Ausgabekurs beträgt 99 Proz., die Bankerprovision 1 1/2 Proz.

Gerichtszeitung.

Wegen versuchten Raubmordes hatte gestern der Jugendgerichtshof des Landgerichts II gegen den 17-jährigen Schneiderlehrling Bernhard Werner aus Neufölln zu verhandeln. — Wie feinerzeit mitgeteilt, hatte der jugendliche Angeklagte Anfang August d. J. in Neufölln ein schweres Verbrechen begangen, welches ihn beinahe zum Mörder seiner Tante, der Hauseigentümerin Koster, gemacht hätte. Der Angeklagte war in schiedliche Gesellschaft geraten und hatte trotz seiner Jugend schon verchiedene „Bräute“. Um das zu diesem lockeren Lebenswandel nötige Geld sich zu verschaffen, reiste in Rom der furchtbare Plan, seine Tante, von der er wußte, daß sie am Monatsanfang die eingegangenen Aktien im Hause hatte, zu ermorden und sich in den Besitz des Geldes zu setzen. Mit der harmlosesten Miene erschien B. in den ersten Augusttagen bei der in der Weichselstraße wohnhaften Frau K. und unterließ sich längere Zeit mit ihr. Als sie sich küßte, zog er den schon bereitgehaltenen Schußmacherhammer hervor und verriet die Frau mehrere wichtige Schläge auf den Kopf. Die Verletzte hatte zu ihrem Glück noch die Kraft, laute Hilferufe auszusprechen. Diese retteten ihr das Leben, denn der Angeklagte ließ sofort von ihr ab und ergriff die Flucht. Seine Verhaftung erfolgte jedoch schon am nächsten Tage. — Vor dem Jugendgerichtshof sollte B. nun gestern sein Verbrechen bekennen. Hierzu kam es jedoch nicht, da nach Einlegung der außerordentlichen Revisionsbeschwerden der Raub und anderen Kapitalverbrechen nur noch diese und nicht mehr die ordentlichen Gerichte zuständig sind. Das Gericht beschloß, die Sache dem Kriegsgerichte zu überweisen.

Eingegangene Druckschriften.

Weiter durch die Kriegsverordnungen für Geldmangel, Hotel- und Kaffeehausbetriebe Groß-Berlins. 3 M. Verlag Albert Nauß, Berlin.
Der Rechtsgrund der Gleichmäßigkeit. Von Dr. Fritz Hausmann, 5 M. S. Müller Buchhandlung, Berlin.
Anna vor der Hochzeit. Von Hermann Horn, 3,50 M. Spon Hellwig u. Co., Berlin.
Die U-Boots-Tafel. Von Ingenieur Erich Naumann, 1 M. Verlag Pöhl u. Vidard, Berlin.
Die wichtigsten Arten der völkerrrechtlichen Schiedsgerichtsverträge. Von Dr. jur. Karl Strupp. — Aufgaben künftiger Völkerrechtswissenschaft. Von Dr. Theodor Niemeyer, 1,50 M. Verlag Funder u. Dumblot, München und Leipzig.
Mit verhängen Jägeln. Von A. D. Weber, H. J. Müller, Halle a. S.
Die esch-lobringenden Kriegsgesellen. Von Rich. Althoff, Strahburger Truderei und Verlagsanstalt, Strahburg i. Gl.
Die titanische Frage. Von A. Smetona. Verlag: Das neue Volkstum, Berlin.
Handarbeiten in Schule und Haus. Von Emilie Benz, 4,50 M. Hässliche Liederbücher alter und neuer Zeit. Von Heinrich Brühl, 2. 4,50. Volkstheater-Verlag G. m. b. H. R. Gabbach.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neufölln; für Kzeigen: Theodor Giese, Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Eimer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage aus Unterhaltungsblatt.

C&A

Königstr. 33
Chausseest. 113
Sonntags geschlossen!

Das Neueste

auf dem Gebiete von Damenkleidung finden Sie bei uns stets frühzeitig und in erschöpfender Auswahl. Schon eine Besichtigung unserer zahlreichen, interessanten Schaufenster wird Sie davon überzeugen.

Der Prozeß gegen Waldows zweierlei Maß.

Vor dem Bezirksauschuss in Potsdam fand Mittwoch der erste Reußkölner Prozeß statt. Aus der Verhandlung ergab sich folgende Vorgeschichte: Nach Veröffentlichung der bekannten Denkschrift durch den „Vorwärts“ wandte sich das Kriegsvucheramt an den Magistrat Reußköln mit der Bitte, ihm Material gegen die übrigen Groß-Berliner Gemeinden zu geben. Auch sollte der Magistrat seine Beamten von der Schweigepflicht in einem Verfahren gegen die übrigen Groß-Berliner Gemeinden entbinden; es handelte sich nicht um ein Vorgehen gegen den Reußkölner Magistrat. Der Reußkölner Magistrat beschloß darauf, seinen Beamten die Genehmigung zur Zeugnisaussage nicht zu erteilen. Anmehrer wurde das Verfahren gegen Reußkölner Magistratsmitglieder eingeleitet, und Herr v. Waldow veranlaßte den Regierungspräsidenten, den Anspruch zu erheben, seinerseits den Reußkölner Beamten die Genehmigung zur Zeugnisaussage zu erteilen. Oberbürgermeister Kaiser von Reußköln ließ sich infolgedessen gezwungen, den betreffenden Magistratsbeschlüssen zu beanstanden, worauf der Magistrat von Reußköln seinen eigenen Oberbürgermeister auf Aufhebung der Beschlüsse verklagte. Diese Klage wurde in erster Instanz vor dem Bezirksauschuss in Potsdam verhandelt. Der Magistrat Reußköln war durch seinen Syndikus Stadtrat Lindner, der bestellte Oberbürgermeister Kaiser durch Rechtsanwalt Fabian aus Wilmersdorf vertreten. Stadtrat Lindner erörterte in einem längeren Vortrage die gesamte schwierige Rechtslage, die Grundzüge der Städteordnung von 1808 und der revidierten Städteordnung von 1831. In dieser war ein klarer Unterschied gemacht zwischen dem Magistrat als Stadtbehörde und Staatsbehörde. Nur als letztere ist er der Regierung unterworfen, als Stadtbehörde dagegen ist er die einzige Obrigkeit der Stadtgemeinde, wie die Städteordnung von 1831 ausdrücklich hervorhebt, ein Standpunkt, dem sich die von 1833 durchaus anschließt. Stadtrat Lindner führte zum Schluß aus, daß es auch der Logik widerspreche, wenn man der Obrigkeit einer Selbstverwaltung eine andere Behörde vorsetzt. Zum Begriff der Selbstverwaltung gehöre es, unabhängig ohne Vorgesetzte dazustehen. Der Bezirksauschuss erkannte auf Klageabweisung, da nach § 90 der Instruktion für die Stadtmagistrate aus dem Jahre 1836 der Oberbürgermeister der Vorgesetzte der städtischen Beamten sei. Es müsse dahingestellt bleiben, führe der Vorgesetzte, Regierungspräsident v. Massenbach, aus, ob diese Bestimmung insofern rechtmäßig war, daß tatsächlich der Oberbürgermeister als vorgesetzte Dienstbehörde anzusehen sei. Jedenfalls ginge aus der Bestimmung hervor, daß keinesfalls der Magistrat die vorgesetzte Dienstbehörde sei. Gegen dieses Urteil des Bezirksauschusses steht dem Reußkölner Magistrat die Berufung an das Oberverwaltungsgericht zu. Wie wir hören, ist die Rechtsgültigkeit des § 90 der Ministerialinstruktion von 1836 sehr bestritten.

Neben dem eigenartigen Kampf um die Selbstverwaltung interessiert uns vor allem die Stellungnahme des Staatssekretärs v. Waldow gegenüber Höchstpreisüberschreitung. Wir hatten schon vor einiger Zeit einen Bericht gebracht, wonach in einer Sitzung der Reichsstelle für Gemüse und Obst mit dem Berliner Lebensmittelbezirksamt mitgeteilt wurde, daß die Gemeinden bis zu einem bestimmten Zeitpunkt die Höchstpreise überschreiten dürften, aber dann von einem nach von der Reichsstelle festzusetzenden Termin damit aufhören müßten. Auf diese unsere Darstellung erhielten wir dann eine Erklärung vom Kriegsernährungsamt, wonach eine solche Haltung den Gemeinden nicht gestattet worden sei.

Herr v. Waldow hat im Gegenteil in der Öffentlichkeit dann weiter zum Ausdruck gebracht, daß alle Höchstpreisüberschreitungen rücksichtslos verfolgt werden würden, und nach einer uns zugehenden Mitteilung sollte sogar gegen den Berliner Polizeipräsidenten wegen Heberfährtheit der Butterhöchstpreise vorgegangen werden.

In einem eigenartigen Kontrast steht nun ein Bericht, der uns von durchaus glaubwürdiger Seite über eine Sitzung des Kriegsernährungsamtes zugeht. Danach hat bald nach Veröffentlichung der Reußkölner Denkschrift in den Räumen des Amtes unter dem Vorsitz v. Waldows eine streng vertrauliche Sitzung stattgefunden, an der außer den Leitern des Kriegsvucheramtes, der staatlichen Verteilungsstellen auch die Großindustriellen teilgenommen haben, welche in größerem Maße Lebensmittel für ihre Arbeiter beschaffen. Einleitend ging der Staatssekretär auf die Reußkölner Denkschrift ein und auf Schäden, die dem jetzigen Ernährungssystem durch die Aufrechterhaltung des Schleichhandels anzusehen würden. Zur Beseitigung des Uebels erklärte er, daß der Schleichhandel aufhören müsse und von den Unternehmern verlangte er, daß sie sich nicht mehr des Schleichhandels bedienten. Alle inzwischen schon wieder geläufigen Abschlüsse sollte jede Firma in einer Liste zusammenstellen und dem Amt übermitteln. Wegen der in dieser Liste aufgenommenen Abschlüsse würde weiter nichts geschehen, neue Abschlüsse dürften nicht mehr vollzogen werden. Das Kriegsernährungsamt würde selbst die für die Zukunft benötigten Lebensmittel beschaffen und den Unternehmern zuweisen. Der Vorsitzende des Kriegsvucheramtes äußerte sich noch entgegenkommender den Unternehmern gegenüber, indem er ausführte, er glaube sogar so weit gehen zu können, daß auch in den Fällen, wo von den Behörden bereits ein Ermittlungsverfahren beabsichtigt sei, weitere Schritte unterbleiben würden.

Zum Verlauf der Debatte wurde sodann von einem rheinischen Unternehmer das durchaus treffende Wort geprägt: „Das einzige, was geklappt habe, ist eben der Schleichhandel gewesen.“

Comet das Resümee des und übermittelten Berichtes. Es freut sich daran ist nur, darin sind wir mit Herrn v. Waldow durchaus einverstanden, daß zur Besserung der begangenen Sünden nicht der Staatsanwalt in Anspruch genommen werden soll. Wir würden uns noch mehr freuen, wenn sich auch Herr v. Waldow unserer Erkenntnis anschließen würde, es kommt lediglich auf eine schärfere Erfassung der noch vorhandenen Vorräte an.

Sonderbar berührt allerdings, daß die den Unternehmern zugewilligte Toleranz den Gemeinden gegenüber versagt. Und dabei haben sich die Unternehmer doppelt strafbar gemacht. Sie haben zunächst durch ihre wilden Einläufe die Preise ungeheuer in die Höhe getrieben und alle Waren schon beim Einkauf über den Höchstpreis bezahlt, sodann haben sie sich aber nochmals strafbar gemacht, daß sie auch regelmäßig die Waren über den Höchstpreis an die Verbraucher ab-

gegeben haben. Man kann deshalb die großen Sünden nicht laufen lassen und die Kleinen hängen, sondern man wird schon beide Kategorien, da es sowieso zu viel sind, laufen lassen müssen. Vorläufig scheint diese Absicht allerdings noch nicht zu bestehen.

Groß-Berlin

Die Neugestaltung Groß-Berlins.

Der Stadtsyndikus von Berlin-Neudamm, Stadtrat Dr. Marekly, veröffentlicht in den „Deutschen Stimmen“ einen Aufsatz über die kommunale Neugestaltung Groß-Berlins. Er tritt nachdrücklich für die Selbstständigkeit und Selbstverwaltung der Groß-Berliner Vororte ein und bekämpft eine Eingemeindung der Vororte, weil sie die gemeindliche Selbstverwaltung der Einzelgemeinde zerstöre, ohne einen vollständigen Ersatz an deren Stelle zu setzen. Denn der Verwaltungsaufbau einer Viermilchstadt, wie sie Berlin nach der Eingemeindung der Vororte etwa sein würde, auf der Grundlage einer Stadtverordnetenversammlung von 100 bis 150 Mitgliedern will der Verfasser nicht als kommunale Selbstverwaltung anerkennen, weil dieses Stadtparlament nicht mehr in lebendiger Fühlung mit den einzelnen Kreisen der Bürgerschaft und ihren Bedürfnissen bleiben könne. Und dies sei das unbedingte Erfordernis jeder brüchigen Verwaltung, die Selbstverwaltung sei, d. h. von den eigenen Bürgern verwaltet werden müsse.

Dazu komme, daß die Auflösung der selbstständigen Vorortgemeinden dem kommunalen Groß-Berlin die Mitarbeit von vielen Hundert sachkundigen Männern nehmen würde, die jetzt in den Gemeindevorständen der Vorortgemeinden saßen. Auch sei zu bedenken, daß die Gemeindeverwaltung einer Kleinstadt wie Groß-Berlin eine ungeheure Anhäufung von Behörden, öffentlichen Betrieben und Anstalten darstellen würde und daß sich sehr bald die Notwendigkeit einer Auseinanderlegung der Verwaltung herausstellen müßte. Dies würde dann künstlich geschaffen und an Stelle der jetzt vorhandenen, geschichtlich gewordenen treten müssen.

Wenn der Verfasser auf der einen Seite die Eingemeindung nach Berlin bekämpft, so tritt er doch andererseits für eine weitgehende Zusammenfassung und Vereinfachung der Groß-Berliner Verwaltung ein, einmal, weil er zugibt, daß gewisse Aufgaben nur einheitlich für Groß-Berlin zweckmäßig gelöst werden können, zum andern, weil er die Ungleichheit in der Steuerkraft der städtischen und westlichen Gemeinden ausgleichen will. Zur Erreichung dieses letzten Zieles verlangt er, daß insbesondere die Schul-, Armen- und Krankenanstalten und die Polizeikosten auf den Verband Groß-Berlin übernommen werden, aber auch die Wasserförderung will er dem Verband Groß-Berlin übertragen wissen, weil es nicht anständig sei, daß bei dem beschränkten Wasservorrat, der in Groß-Berlin vorhanden sei, einzelne Gemeinden, die sich ausläßig im Besitz von wasserhaltigem Gelände befinden, die Wasserbedürfnisse einseitig für sich in Beschlag nähmen. Die Verfassung des Verbandes Groß-Berlin will Dr. Marekly dahin ändern, daß die Verbandsvorstellung aus unmittelbaren Wahlen der Bürgerschaft hervorgehen solle. Dadurch soll erreicht werden, daß in der Verbandsvorstellung nicht die Ortsinteressen der Einzelgemeinden, sondern das Gemeinwohl Groß-Berlins in den Vordergrund trete. Dagegen soll der Verbandsauschuss, so wie bisher, partikularistisch zusammengefaßt sein und seine Stellung noch dadurch gestärkt werden, daß er nicht bloß ausführendes Organ wie jetzt, sondern nach Art der Magistrat neben der Verbandsvorstellung beschließende Körperschaft wird.

Kinderlegen und Wohnungsuche.

Für Familien, die reich an Kindern, aber an Geld arm sind, ist jetzt die Wohnungsuche eine schwere Aufgabe. Bei den Kleinwohnungen, mit denen solche Familien sich begnügen müssen, hat im Laufe des Krieges sich ein Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage herausgebildet, das für die Mieter immer ungünstiger geworden ist. Da diese Wohnungen jetzt knapp sind, so können die Hauswirte es sich noch länger als sonst überlegen, ob sie Familien hineinnehmen sollen, die bei geringem Einkommen eine große Kinderfamilie mitbringen würden. Eine in Berlin-Ost wohnende Leserin unseres Blattes, die mit fünf Kindern gesegnet worden ist, schildert uns, was sie im Januar bei der Wohnungsuche erlebt hat. Im Reichshofviertel mußte sie von verschiedenen Hauseigentümern und Hausverwaltern oder deren Gattinnen sich abweisen lassen, weil sie angab, daß die Familie aus dem Ehepaar und fünf Kindern besteht. Sie wurde hinauskomplimentiert mit Antworten, wie: „Mit fünf Kindern nehme ich Sie nicht!“ oder: „Für sieben Personen wäre die Wohnung aus nur zwei Zimmern und Küche, die das Ehepaar haben wollte, wirklich zu klein“. Aber in Berlin und Vororten müssen Hunderttausende so menschchenunwürdig wohnen, weil minderbemittelte Familien die hohen Mieten für größere Wohnungen nicht erschwingen können. Den Hauseigentümern, bei denen die wohnungsuchende Arbeiterfrau wegen ihres Kinderlegens abgewiesen wurde, ist es schwerlich darum zu tun, der vielköpfigen Familie ihr Anrecht auf eine menschenwürdige Wohnung nicht schmälern zu lassen. Zutreffender dürfte die Vermutung sein, daß sie von dem Geschäft, eine solche Familie hineinzunehmen, sich keinen Vorteil versprechen. In Zeiten des Wohnungsmangels können die Wirte es sich leisten, wählerisch zu sein, — und für manche Familie wird dann der Segen einer großen Kinderfamilie zum Fluch. Nimmt die Knappheit der Kleinwohnungen noch zu, so stehen der minderbemittelten Bevölkerung schwere Tage bevor. Man kämpft nach einer planvollen Bevölkerungspolitik, die darauf abzielt, die Geburten zu mehrern. Um das zu erreichen, bedarf es auch einer von sozialem Geist erfüllten Wohnungspolitik, die den künftigen Familien den notwendigen Schutz gewährt.

Die Gefährdung der aufsichtslosen Kinder.

Der Groß-Berliner Kriegsausschuss zum Schutz aufsichtsloser Kinder hatte am Dienstag die Vertreter der auf diesem Arbeitsgebiet tätigen Vereinigungen zu einer Besprechung eingeladen. Angekündigt war ein Vortrag über die zunehmende Erwerbsarbeit der Frauen im Krieg und das daraus entstehende Problem der Kinder- und Jugendfürsorge. Der Vorsitzende Stadtrat Lassenbach teilte mit, daß dieses wichtige Stück der Tagesordnung hat ausfallen müssen. Die Versammelten konnten daher nur den Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses entgegennehmen, den Lassenbach erstattete. Der seit dem Winter 1916/17 bestehende Kriegsausschuss will Vereine durch Geld und Rat unterstützen, um ihnen die Vermehrung und Verbesserung ihrer Kitas, Kinderkrippen, Kinderhorten usw. zu ermöglichen. Bisher konnten mit Unterstützung des Ausschusses in Groß-Berlin 21 neue Anstalten dieser Art eröffnet und 24 schon bestehende erweitert werden, doch ist hiermit

dem durch die Erschwerungen der Kriegszeit sehr gesteigerten Bedürfnis noch lange nicht genügt. Für diese den Vereinen gewährte Hilfe mußte der Ausschuss im ganzen 115.000 M. aufwenden. Die Mittel erhielt er zum geringen Teil aus Beiträgen von Rüstungsbetrieben, die er im ersten Jahr darum anging, zum größten Teil aus Zuschüssen von Stadtverwaltungen (von Berlin allein 55.000 M.), von der Landesversicherungsanstalt und von Stiftungen. Er hofft, sich nicht wieder an die Rüstungsbetriebe wenden zu müssen. Für das laufende Jahr sind ihm von der Kriegsausschussstelle in den Marken 65.000 M. zur Verfügung gestellt worden; im übrigen rechnet er auf die reichlichen Beihilfen der Gemeinden Groß-Berlins. In der anschließenden Besprechung hoben die meisten Redner und Rednerinnen hervor, daß die Zahl der aufsichtslosen Kinder erschreckend groß sei und die Fälle schwerer Verwahrlosung sich ganz außerordentlich gemehrt haben. Nicht weniger als die ständige Bewahrung der sich selber überlassenen Kinder leide ihre körperliche Pflege und die Beobachtung zeige, daß die durch Unreinlichkeit verursachten Krankheiten anfällig zunehmen. Da zur Zeit die außerhäusliche Arbeit der Mütter nicht einbehalten werden könne, so müsse zum Schutz ihrer gefährdeten Kinder wirksam eingegriffen werden. Hingewiesen wurde auf die Notwendigkeit, auch die noch nicht schulpflichtigen Kinder möglichst vollständig zu erfassen, damit ihnen ebenso wie den Schulkindern die bewahrende Fürsorge zuteil werden kann. Einige Hilfe erwartet man da von der Mitwirkung der Fabrikpflegerinnen, die sich Einblick in die häuslichen Verhältnisse der in Fabriken arbeitenden Mütter verschaffen.

Unterstützung unehelicher Kinder von Kapitulanten, Kriegsgefangenen und Vermißten.

Unehelichen Kindern der vor vollendetem 12., aber nach zurückgelegtem 8. Dienstjahre gefallenen oder an ihren Wunden und Krankheiten infolge des jetzigen Krieges gestorbenen oder gerichtlich für tot erklärten Unteroffiziers des Friedensstandes (Kapitulanten) kann eine nach der Dienstzeit des Vaters abgestufte Entschädigung von 1000 bis 1500 M. gewährt werden, sofern die Verpflichtung des Verstorbenen oder Vermißten als Vater zur Bewährung des Unterhalts feststeht und er dieser Verpflichtung tatsächlich nachgekommen ist. Sonstigen Angehörigen des Unteroffiziers, wie Witwen und Waisen, Verwandten der aufsteigenden Linie, Geschwistern, Geschwisterkindern, Pflegekindern, denen er im eigenen Haushalt Lebensunterhalt gewährt hat, ist aber billigerweise der Vorrang einzuräumen. Für die Bewilligung der Entschädigungen sind die stellvertretenden Intendanturen zuständig, und zwar wird der Antrag am besten an die stellvertretende Intendantur desjenigen Armeekorps gerichtet, in dessen Bezirk der geprüfte Vertreter des unehelichen Kindes wohnt.

Unehelichen Kindern oder Kriegsgefangenen und Vermißten sowie der Kapitulanten kann das Kriegsministerium bei Bedürftigkeit auf besonderen Antrag einmalige Unterhaltungen bewilligen. Voraussetzung ist, daß die Vaterlosigkeit glaubhaft nachgewiesen und daß der Kindesvater — soweit er nicht Kapitulant ist — seiner Verpflichtung zum Unterhalt des Kindes tatsächlich und nachweislich nachgekommen, durch Kriegsgefangenschaft oder Vermißtsein aber an der weiteren Fürsorge verhindert ist. Die Höhe der Unterstützung bemisst das Kriegsministerium nach den verfügbaren Mitteln und nach den Verhältnissen. Anträge des Vormundes der Kinder sind mit den Geburtsurkunden und den sonstigen Ausweisen an den Truppenteil zu richten, bei dem der Kindesvater zuletzt gestanden hat oder als Kapitulant noch steht.

Diese Unterhaltungen werden jedoch nur für solche Zeit bewilligt, für die den ehelichen Kindern in gleicher Lage geprüfte Unterhaltungsleistungen noch nicht zufließt. Sie kommen also allein dann in Frage, wenn den unehelichen Kindern widerrechtliche Zuwendungen aus Kapitel 84a noch nicht gewährt werden können.

Berlin wünscht keinen Staffeltarif.

Vom Magistrat wird uns geschrieben: In den Erörterungen zur Sitzung der Verbandsvorstellung Groß-Berlin vom nächsten Montag über die Straßenbahnfrage ist von verschiedenen Seiten die Annahme laut geworden, es würde der Stadt Berlin erwünscht sein, bei Gelegenheit neuer Verhandlungen mit der Straßenbahn einen Staffeltarif wieder aufleben zu lassen. Auch die Vorlage des Verbandsdirektors an die Verbandsvorstellung äußert die Vorstellung vor einem Staffeltarif. Es ist deshalb geboten, auf das Entschiedenste zu betonen, daß Berlin auf keine Weise Anlaß zu der Vermutung geben darf, als ob es nach einem Staffeltarif strebe. Die Berliner Vertreter in der Verbandsvorstellung haben am 27. November 1916 einhellig für die dauernde Aufrechterhaltung des Einheitsstarifes gestimmt. Sie sind entschlossen, an jenem Beschluß festzuhalten.

Die Haltestelle am Gewerkschaftshaus.

Die Große Berliner Straßenbahn hat seit dem 4. Februar die Haltestelle Adalbertstraße eingehen lassen, dagegen die Haltestelle an der Reichshofstraße, einer völlig toten Straße, aufrecht erhalten. Im Gewerkschaftshaus an der Adalbertstraße sind neben den großen Versammlungsräumen 25 öffentliche Büros, in welchen täglich tausende Personen, auch viele Kranke und Invaliden, in den dort befindlichen Krankentafeln, Sekretariaten, Bibliotheken usw. versammelt. Vielen hat man mit der Wegnahme der Haltestelle ihre Verhältnisse erschwert. Auch räumlich genommen kann man diese Anordnung nicht verstehen. Die größere Distanz zwischen der Haltestelle und der Waldemarstraße, in denen wahrscheinlich die Haltestellen verbleiben sollen, ist die Adalbertstraße, während der Zwischenraum von der Reichshofstraße zur Copernicusstraße nur 200 Meter beträgt. Man kann wohl hoffen, daß dem dringenden Bedürfnis und dem Verkehr so vieler Personen Rechnung getragen wird.

Zwangswirtschaft von Gemüse?

Wie der „Völkischen Zeitung“ mitgeteilt wird, ist eine z w a n g s w e i s e Erlassung des Herbstgemüses, soweit es nicht durch Lieferungsverträge gebunden ist, so gut wie sicher. Alle Vorbereitungen sind bereits getroffen, es fehlt bloß noch die formale Entscheidung des zuständigen Staatssekretärs. Dieses System stellt gegenüber dem des vorigen Wirtschaftsjahres eine vollständige Neuordnung dar. Das Herbstgemüse dient dagegen auch diesmal von einer Zwangswirtschaft verstanden, jedoch werden bei ihm wiederum Höchstpreise festgesetzt. Neu ist aber hier, daß sich der Anbieter die Zahlung der Großhandels- oder Kleinhandelspreise durch Uebernahme entsprechender Mehrleistungen sichern kann. Die Abkäufer der sogenannten Großverbraucher, die an sich vom Abschluß von Lieferungsverträgen nicht ausgeschlossen werden sollen, unterliegen häufig dem Einvernehmen mit den betreffenden Stadtverwaltungen bezw. Kommunalverbänden. Letztere erhalten Kenntnis unter anderem von dem Vertrage an sich, von der Art und Menge der Waren, sowie der Art der Verpackung. Damit kommen wichtige Wünsche vieler deutscher Stadtverwaltungen zur Erfüllung. Was übrigens die Höchstpreise in bezug auf das Herbstgemüse betrifft, so werden sie erst festgelegt werden, wenn sich der Entschluß einigermassen abzeichnet läßt. Ein Anbauer, der keinen Lieferungsvertrag abgeschlossen hat, soll mit geringem Preise bedacht werden.

Berliner Lebensmittel.

Auf Abschnitt 6 der Lebensmittelkarte entfällt 1/2 Pfund, auf Abschnitt 7 ein Pfund Marmelade. Die Veranmeldung findet in den durch Ausschussbescheid: „Verkauf von Marmelade auf Lebensmittelkarten der Stadt Berlin“ gekennzeichneten

neben Geschäften am 8., 9. oder 11. Februar statt. Die Abgabe der Ware an den Verbraucher durch den Kleinhändler darf nicht vor dem 12. Februar erfolgen.

Gaßbühler als Lebensmittelverderber. In Oberföhrneweide haben eine Anzahl Hausbesitzer und Hausverwalter bei der letzten Lebensmittelverteilung sich mehr als hundertfach an den Gaßbühler gewandt, um ihn nach der Zahl ihrer Mieter zu bestrafen. Dieser Umstand ist jetzt zur Kenntnis der Ortsbehörde gelangt, die sofort die hundertfachen Strafen zurückgefordert hat. Außerdem ist gegen die betreffenden Herrschaften Anzeige erstattet worden und familiäre Beteiligten dürfen eine empfindliche Strafe zu erwarten haben.

Ein Schaf Hammel verschwunden. Vor einigen Tagen wurden in Potsdam auf dem Schlachthof 75 geschlachtete Hammel zum Transport mit der Bahn nach Berlin verladen. In der Reichshauptstadt sind aber nur 15 Tiere eingetroffen, die übrigen 60 waren verschwunden. Trotz eingehender Nachforschungen ist es bisher nicht gelungen, den Verbleib der Hammel zu ermitteln.

Früchte der gegenwärtigen Erziehung. Die Herren vom Ostbahnhof nannten sich jugendliche Diebe, die sich zu einer vielköpfigen Bande zusammenschlossen hatten. Ein kaum 14 Jahre alter „Arbeiter“ Garzycki, der bei seiner Mutter in der Langen Straße wohnte, und ein gewisser Schäfer, der auch nicht viel älter ist, hatten eine ganze Anzahl junger Burschen, die zum Teil noch schulpflichtig sind, um sich gesammelt und zu planmäßigen Diebstählen verleitet. Die Bande machte besonders den Ostbahnhof und seine Umgebung unsicher und hatte es an Pakete abgehoben, die vom Bahnhof nach dem Hauptpostamt befördert wurden. Die jugendlichen Diebe lagen auf dem Bahnhof und auf den Abfahrtsstraßen auf der Pauer und bemächtigten sich der Sendungen, sobald die Posten für einen Augenblick dem Wagen den Rücken gewandt hatten. So erbeuteten sie Stoffe, Kleider, Lebensmittel und dergleichen mehr und vertrieben alles in Schankwirtschaften in der Umgebung des Schlesischen Ostbahnhofs. Der Hauptling Garzycki kam in der letzten Zeit nicht mehr nach Hause, trübte sich den ganzen Tag auf der Straße und übernachtete in Fremdenherbergen. Gestern gelang es ihm, Schäfer und noch fünf andere jugendliche Diebe zu ermitteln und unschädlich zu machen. Wie stark die Bande im ganzen war, sieht noch nicht fest.

Ein stütziges Ehepaar spielte sich gestern mittag auf dem Reichsplatz in Reußens ab. Der 36 Jahre alte Wilhelm Döring aus der Reupitzer Str. 99, der zum Dienst eingezogen ist, lebte seit längerer Zeit mit seiner 33 Jahre alten Frau Marie in

händigem Antrieben. Die Frau verließ ihn endlich und zog zu anderen Leuten nach der Stuttgarter Str. 55. Döring forderte sie auf, gestern nachmittag zu einer Aussprache nach dem Reichsplatz zu kommen. Sie erschien auch dort, aber die Aussprache nahm ein böses Ende. Nach einem kurzen heftigen Streit zog Döring einen Revolver aus der Tasche und schoß erst auf seine Frau und dann auf sich selbst. Die Frau wurde am Oberkörper, er selbst an der Brust schwer verletzt. Beide wurden durch einen Schupmann nach dem Krankenhaus in Budow gebracht. Der Mann wird kaum mit dem Leben davontommen.

Aus der Spree gelandet wurde gestern an der Charlottenburger Schleuse die Leiche eines Knaben von 12-16 Jahren. Der Ertrunkene ist 1,45 Meter groß und schlank, hat ein rundes volles Gesicht und eine hohe Stirn und trug ein blaues Jackett, eine dunkelgraue Strickjacke, ein weißes gestreiftes Hemd und braune Strümpfe. Auf der rechten Hand trug er einen Handschuh. Das Hemd ist mit einem roten D gezeichnet.

Nichtern. Lebensmittel. Auf die gemeinsame Lebensmittelkarte gelangt für die Zeit vom 6. bis 12. Februar auf Abschnitt 4 zur Verteilung: 150 Gramm Rührmittel. Die Bezugsabschnitte sind in den Kleinhandelsgegenden bis heute abend 7 Uhr abzugeben.

Reinickendorf. Unzuverlässige Kleinhändler. Folgende Händler sind wegen Ueberziehung der vorgeschriebenen Preise von dem weiteren Verkauf mit Strumpfwaren ausgeschlossen worden: Adolf Stolzenberg, Scharnowstr. 116, Böckel, Residenzstr. 108, Helene Riß, Residenzstr. 128.

Königs-Winterhausen. Der Haushaltsplan der Gemeinde für das Rechnungsjahr 1918 ist bereits fertiggestellt und liegt zur Einsichtnahme der Bürgerchaft öffentlich aus. Der Etat balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 838 230 M. Erfreulicherweise ist es gelungen, die Bedürfnisse ohne Erhöhung der Steuerumlage zu decken. Es ist für 1918, wie im laufenden Jahre, ein Zuschlag von 200 Proz. vorgesehen; auch die Gemeindegeldsteuer und die Gewerbesteuerzuschläge bleiben in bisheriger Höhe bestehen.

Konowes. Lebensmittel. Von heute bis Sonntag, den 10. d. M., findet auf Abschnitt 4 der Lebensmittelkarte die Ausgabe von 50 Gramm Hafermehl und auf Abschnitt 5 die Ausgabe von fünf Louisenwürsteln statt. Auf Abschnitt 6 der Lebensmittelkarte findet die Ausgabe von Kunstbrot, auf Abschnitt 7 die Ausgabe von Graupen und auf Abschnitt 8 die Ausgabe von Caprifaspeffer statt.

Die Karteninhaber haben von heute bis Sonnabend, den 9. d. M., die Kartenabschnitte bei dem Kleinhändler abzugeben, bei dem sie die Ware zu beziehen wünschen. Heute und morgen findet der Verkauf von Kumpel- und Wasserkrüben sowie von getrockneten Zuckerrübenblättern statt. Interessenten wollen sich in der Kriegswirtschaftsabteilung, Rathaus, Zimmer 6, zur Empfangnahme der Bezugscheine melden.

Aus aller Welt.

Wie England unsere Austauschgefangenen mißhandelt.

Aus Mitteilungen der im November 1917 zur Internierung in der Schweiz von England nach Frankreich verbrachten deutschen Kriegsgefangenen wird ersichtlich, in welcher schamlosen Weise sich die Engländer bei diesem Vorgehen gegen das Völkerrecht verhalten. Der Transport der schwerkranken Gefangenen, die sich teilweise nur an Krücken fortbewegen konnten, erfolgte auf einem Viehdampfer; aber nicht etwa in den Ställen, woher mancher dieser Unglücklichen wohl noch dankbar gewesen wäre, sondern in einem von Säuregas stinkenden Raume, noch unter den Ställen im letzten Stockwerk des Schiffes. Dort mußten die Krüppel in verpesteter Luft die Nacht, wie Vieh zusammengepfercht, auf Böden zubringen, die nicht einmal Lehnen hatten! Am Morgen erhielten sie Kaffee und Mühen dann den ganzen Tag über hungern; Tee, Messer und Gabeln zu verabreichen, daran dachten die auf alle äußere Kultur so sehr bedachten Engländer nicht. Den Tee mußten sich die belagerten Gefangenen mit leeren Konservendosen aus Veredlungsstätten schöpfen. Den Bierch tief unter der Wasserlinie durften auch die nicht verlassen, die von der Seckrantheit befallen waren. Die Reise dauerte über 32 Stunden. Über 32 Stunden saßen die Engländer arme invalide Gefangene einem Transport unter diesen unwürdigen Verhältnissen aus. Daß bei einem Schiffsbruch unter solchen Umständen nicht einer der Nerven mit dem Leben davon gekommen wäre, das machte dem unermesslichen Feind keinerlei Sorge.

Weil derartige Maßnahmen eine Rohheit und Niedertracht bezeugen, die wir unseren Kriegsgefangenen gegenüber nicht dulden, hat die deutsche Regierung bei der englischen Regierung sofort energische Proteste eingelegt.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland die Freitags mittags. Teilweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt, im Binnenlande meist geringe, an der Küste etwas stärkere Niederschläge, schwärz fortwährende Erwärmung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher
Wilhelm Heckmann
Riesholzstr. 7
am 2. Februar gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kreuzberger Gemeinde-Friedhofes in Weinschuldenweg, Riesholzstraße, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, Maschinenarbeiter
Theodor Zahmann
Böttcherstr. 5
am 4. Februar gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Paula-Kirchhofes in Wlügen-see, Dohnastraße, aus statt.
Bege teiligung wird erwartet.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, die Arbeiterin
Anna Stahl
am 23. Januar gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher
Hubert Wenks
Brennenstr. 13
am 20. Januar gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Gärtner
Paul Schiffer
Reußens, Weisstr. 23
am 29. Januar gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schmied
Ernst Schmied
Reußens, Jüdischstr. 15
am 29. Januar gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Metallarbeiter
Paul Skrobek
Sieboldstr. 4
am 30. Januar gestorben ist.
Obere ihrem Andenken!
229/15 Die Ortsverwaltung.

Zigaretten
direkt von der Fabrik zu Originalpreisen
1000 Zig. 10 von M. 55. — an
1000 „ 16 „ 98. —
1000 „ 11 „ 90. —
Goldenes Haus
G. m. b. H.
Friedrichstr. 89.
Fernsprecher: Zentrum 7437

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 Uhr: Hamlet.
Kammerspiele.
7 1/2 Uhr: Kinder der Freuds.
Volksbühne.
Theater am Bülowplatz.
Untergrund. Schönk. Tor.
7 Uhr: Faust I.

Theater 1: Königgrätzerstr.
7 Uhr: Die Wildente.
Komödienhaus
8 U.: Die Straße nach Steinyach
Berliner Theater
7 1/2 Uhr zum 300. Male:
7 1/2 U.: Die tolle Komteß.

WINTERGARTEN
Hegelmann Truppe
Luftakt
Herbert Rühling
d. 14jähr. Klaviervirtuose
Grete Fluss
Soubrette
sowie der
reifehaltige, neue
Februar-Spielplan.

Zirkus A. Schumann
Sinf. Friedrichstr. Anf. 7 1/2
Letzte Saison in Berlin.
Nur noch kurze Zeit.
Das große Februar-Sport-Programm,
u. a.
exotischer Dressur-Akt
Kadecana.
Geschw. Pütz-Larella,
akrob. Handtänzerinnen.
10 dressierte Kamelo
Arabier Malay Sayil
Mexiko. Große Ausst.
Pantomime.

Palast
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2
Gastspiel Hartstein
„Sr oder Sr“
Neub. Berl. Revue-Bilder usw.

Trionon-Theater
Georgenstr., Sinf. Friedrichstr.
Tel.: Zentrum 4927 und 2321.
7 1/2 Uhr Der 4.3 Uhr
Lebensschüler.
Komödie von Ludwig Fulda.
Ida Wüst, Erich Kaiser-Titz,
v. Müllendorff, Mart. Kettner.
Stg. 2 1/2, kl. Pr.: Hedda Gabler.

Schwarzer Kater
Friedrichstr. 163.
Ecke Behrenstraße.
Claire Waldoff
Willi Prager
Werner Goldmann
u. das hervorragende
Februar-Programm.

Theater für Donnerstag, 7. Februar.
Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7 1/2 U.: Die Csardasfürstin
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Mariha.
Friedrich-Wilhelmst. Theater
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Nante.
Komische Oper
7 1/2 U.: Schwarzwaldmädel.
Metropol-Theater
7 1/2 U.: Die Rose von Stambul.
Neues Operettenhaus
Schiffbd. 4a. Kassent. Nd. 284
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

URANIA
8 Uhr:
Der Siegeszug nach Venetien.
8 Uhr: Professor W. Laas:
Das Schiff in der Werkstatt
und auf der Helling.
NATIONAL-THEATER
Göpenloker Str. 68.
5 Minuten Jannowitzbrücke.
7 1/2 U.: Großer Erfolg! 7 1/2 U.:
Die ist richtig! . . .
Musik von Walter Bromme.
Sonnt. 9 1/2 U.: Studentenliedchen.
Preise: 1,50-8 M.
Vorverk. 10 1/2-2 u. ab 6 Uhr.
Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Eine Waise.
Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Am Goldenen Horn.

Heute URAUFFÜHRUNG
abends 8 Uhr
Das Rätsel von Bangalore
Phantastisches Abenteuer in 5 Akten
PERSONEN:
Elles die Tochter des Gouverneurs Oida Langer
Archie Douglas Harry Liedtke
Dinja Conrad Veith
UNION-PALAST
Kurfürstendamm 26

Apollo
Friedrichstr. 218. 7 1/2
Der Flieger von Tsingtau
sowie die verblüffenden
Varietés-Attraktionen.
Theaterkassa ab 10 U.
ununterbr. geöffnet.

Admiralspalast
7 1/2 Uhr:
Deutsche Tänze
von Schubert.
Abrakadabra.

Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 82. Zimmerstraße 90/91.
Heute:
Großes Konzert
des Berliner Konzerthaus-Orchesters.
Leiter: Komponist Franz von Blon.
Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen, den 8. Februar: Großes Konzert
der Gruppe Osten des Groß-Berliner Sängerbundes.
Leitung: Gruppen-Chormeister Paul Hüchel.

URANIA
8 Uhr:
Der Siegeszug nach Venetien.
8 Uhr: Professor W. Laas:
Das Schiff in der Werkstatt
und auf der Helling.

NATIONAL-THEATER
Göpenloker Str. 68.
5 Minuten Jannowitzbrücke.
7 1/2 U.: Großer Erfolg! 7 1/2 U.:
Die ist richtig! . . .
Musik von Walter Bromme.
Sonnt. 9 1/2 U.: Studentenliedchen.
Preise: 1,50-8 M.
Vorverk. 10 1/2-2 u. ab 6 Uhr.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Eine Waise.
Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Am Goldenen Horn.

Büsch
Tägl. 7 1/2, Stg. 3 1/2, u. 7 1/2 U.
Der Granaten- und
Kanonen-König
Ernst Pienot und Partnerin,
herkulischer Marine-Akt.
Aufgaben eines massiven
Schiffsankers und
Aufgaben einer aus einem
Geschütze scharf abge-
schossenen 46 Pfund
schweren Granate.
3 Janowskys, 3 Helms
usw. usw. Zum Schluß:
66 Mondfahrt. 66
Besonders hervorzuheben:
Die Gasparlarnacht.
Sonntag 8 1/2, 1 Kind frei!
Das große neue Februar-
Programm und Mondfahrt.

Voigt-Theater.
Sadstr. 56. Sadstr. 58
Täglich:
Marianne,
ein Weib aus dem Volke.
Kassensitz 6 1/2, Anfang 7 1/2, U.
Dienstag, den 12. Februar:
Benefiz für G. Kumpel:
Wein Leopold.

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2, und Sonntag
nachmittags 3 Uhr
Stettiner Säng. „Wein Weh-
nachtstraum“.
Nachmittags
ermäßigte
Preise!

Casino-Theater
Veltlinger Str. 37. Tägl. 7 1/2 U.
Wieder ein toller Schlager.
Witziger Humor! Gr. Erfolg!
Samsterfrise.
Berl. Walle in 8 Aufg. — Dazu
Hook, 2 Ewas, Carry Hartwell.
Stg. 4 U.: Schipp, schipp, hurra!

Saaraußfall,
Schuppenbahn, Grotte, Vari-
tétés, Quinotomiet. Gumbita.
Eclairage Dr. phil. Herzfeld,
Charlottenburg, Kantstr. 34 (Eo-
vignette), tgl. 9-1, Sonnt. 9-11.

Königl. Eisenbahndirektion
33. B 4.
Galle (Saale), den 4. Febr. 1918.
Fahrplanänderung.
Von Sonntag, den 10. Februar
d. J. ab sollen die Schiffsfahr-
ten D 63 Dresden-Elberwerda (ab
3 30) — Berlin (an 5 00) und D 64
Berlin (ab 1 00) — Elberwerda
(ab 3 30) Dresden-Sonn-
und
Festtags aus.
Dalle (Saale), im Febr. 1918.
Königl. Eisenbahndirektion.

Fahrplanänderung.
Von Sonntag, den 10. Februar
d. J. fallen die Verkehre:
806 Berlin (ab 1 00) — Halle (an
6 00) — Bebra und 807 Gienach-
halle (ab 1 10) — Berlin (an 4 00).
Sonn- und Festtags zwischen
Berlin und Halle aus.
Dalle (Saale), im Febr. 1918.
Königl. Eisenbahndirektion.

Die Norddeutsche
Grüßebau-
Genossenschaft
vergrößert ihre Pflanzungen
zum Frühjahr auf das Doppelte,
und nimmt jetzt weitere Mit-
glieder auf.
Alle Teilnehmer
mit Anteilen zu 100 M., zu
200 M., zu 300 M. und
bis zu 1000 M. auf.
Kriegsanleihe wird zum
vollen Kennwert in Zahlung
genommen.
Das Gemüse wird in
unseren
Verteilungstrecken
an die Mitglieder billig
abgegeben, bei völliger Ausschaltung
des Groß- und Klein-Großhandels.
Der Gewinnüberschuss
wird als Dividende an die
Mitglieder verteilt.
Regelmäßig liegt nach Weich-
kohl in der Verteilungstheile
Petersburger Str. 4a.
Solange der Vorrat reicht,
erhalten auch die neu Beitretenden
Mitglieder ein viertel Heiner
Weichkohl. Die alten Mitglieder
sind mit Weichkohl reichlich
versorgt worden.
Aufnahme neuer Mitglieder
findet statt im Laden Peters-
burger Str. 4a: Sonntags,
Wittmoche, Freitags 9-12 und
4-7, außerdem Sonntag 11-1.
Ferner im Laden Kop-
enburger Str. 4: Dienstags,
Donnerstags, Sonnabends 10-4
und Sonntag 8-10.
Ferner täglich im Verwal-
tungsbureau: Burgstraße
Nr. 27 III. Zimmer 76
(gegenüber Circus Dutsch), von
10-7. 17/8

**Allgemeine
Ortskrankenkasse
für
Berlin-Tempelhof**
Bekanntmachung
An Stelle des verstorbenen
2. Vorstehenden der unterzeich-
neten Kasse, Herrn Karl Hempel,
wurde der Arbeitsleiter Herr
Paul Köllmer
Reußens, Emser Straße 26,
und an Stelle des verstorbenen
1. Vorstehenden, Herrn Kauf-
mann Robert Tiedlin, wurde
der Arbeitsleiter Herr
Ernst Krieger
Berlin-Tempelhof,
Friedrich-Franz-Straße 15,
gewählt. 300/8
Der Vorstand
d. Allgemeinen Ortsfranken-
kasse für Berlin-Tempelhof.
ges. Ernst Krieger,
1. Vorsteher.

Spezialarzt
Dr. med. Wockentuf,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.),
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden,
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10T.),
Blutuntersuch. Schnelle, sichere
schmerzlos. Heilung ohne Berufs-
störung. Teilzahlung. 252/12
Sprechstunde: 11-1 u. 6-8.

Mastputen
besonders feine, 21470°
Herr Wolkentuf,
Fette Kaninchen im Fell
empfiehlt besonders preiswert.
Schmidt normals Tafel,
Blauer 21, am Galleischen Tor.

J. F. Rauch
Invalidenstr. 164, Friedrichstr. 11.
In Jambaka-Rum-Versand. Fl. 27
in Cognac-Versand. . . Fl. 27
Feinst. Obstschauwein Fl. 5.50
Lukretia Damen-Likör 1/2 Fl. 6.75
Milder Cherry-Brandy 1/2 Fl. 6.95
Kraftiger zuckerhaltiger
Malz und Malz-Likör 1/2 Fl. 11.50
Rotweine, Zuckerdosette
feinste Schaumweine.

Ein grauer Kopf
macht 10 Jahre Alter! Ergänz-
ung erhält sofort ihr schön
ursprüngl. Farbe echt u. natur-
getreu wieder durch mein ge-
nau versch. „Alcolor“ in
allen Farb. erhält. Fl. M. 2.50
Otto Röhner, Berlin 43, Lindenstr. 4.

Spezialarzt
Dr. med. Coleman
Geschlechtskrankh., Haut-,
Harn-, Frauenleiden, nervös.
Schwäche, Bänkranke. *
Ehrlich-Hata-Kuren
(Dauer 12Tage). Behandl.
schnell, sicher u. schmerz-
los ohne Berufsstörung
in Dr. Homeyer & Co.
Kong. Labor. I. Blutunter-
suchung im Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüb.
Königstr. 58/57, Rathaus.
Spr. 10-1 u. 3-8, Sonnt. 10-1.
Honorar mäßig, a. Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

H. Pfau, Bandagist
Berlin Direksenstr. 20
gute, saubere, klebrige
Polizeiprüf. — Amt Kat. 3208
Für Damen Frauen-Bandagen.
Niederamt für alle Kranke.

Lungen-
und Halskrankh., Verlangen Sit
kollektive belebende Brodgar
Oelmethode ohne Berufsstörung.
Sanitätsrat Dr. Weisse's Ambul.
Berlin 117, Potsdamer Str. 123 u. 11.

Vergifmeinnicht und Affe.

Ein Beitrag zur deutschen Soldatensprache. Von Dr. J. Stanjel.

Der Name des garten, durch das herrliche Blau seiner Blüten ausgezeichneten Blümleins Vergifmeinnicht, das uns so oft schon auf der blumigen Wiese oder am Rande des murmelnden Baches entzückt hat und das unsere Dichter und Säger so überaus häufig als das Sinnbild herzlicher Liebe und treuer Anhänglichkeit gezeichnet haben, muß in der schweizerischen Armee dazu herhalten, um ein sehr wichtiges militärisches Ausrüstungsstück zu bezeichnen, den — Tornister. Eine ähnliche scherzhafte, ja noch berbere Uebersetzung hat sich der Name des blauen Blümleins in unserer Volkssprache gefallen lassen müssen. Blaue Fiede im Gesicht, die jemand bei einer Prügelei davongetragen hat, werden ebenfalls „Vergifmeinnicht“ genannt, weil sie einen blauen Denzettel an den Geder darstellten sollen. „Sonst sollte mit Vergifmeinnicht handeln“, lautet eine oft gehörte Drohung in der Sprache des richtigen Berliner, in der deutlich genug der Hinweis auf die blauen Fiede zu erkennen ist. Offenbar rührt die humorvolle Bezeichnung des Tornisters in der schweizerischen Soldatensprache als Vergifmeinnicht ebenfalls von blauen Fleden her, die er in vollbekanntem Zustande oft genug auf dem Rücken seines Trägers hervorruft.

In der deutschen Soldatensprache heißt seit jeder die Bezeichnung „Affe“ die beliebteste Benennung für den Tornister vor. Auch hier liegt ein höchst humorvoller Vergleich vor: man denkt an den Affen, der dem Gauner auf dem Rücken oder auf der Schulter hoch, Louis Schneider spricht in dem von ihm begründeten „Soldatenwort“ diesem Affen des Soldaten einen besonders „hinterlistigen Charakter“ zu, weil er die Beute hinter ihrem Rücken schlammert. Aus dem Feldzuge 1870/71 wird uns die Redensart „den Affen verkaufen“ in der Bedeutung von „den Tornister abgeben“ überliefert. Vergleiche aus der Tierwelt sind ja bekanntlich im militärischen Leben besonders häufig. Ähnliche zoologische Benennungen, wie sie noch heute auf den Exerzierplätzen umherwirren — man denke nur an die unzähligen Käsegerichte, Gammel und Kamele in der Lieblingssprache der Unteroffiziere — waren schon den altgriechischen Regimentskochen geläufig. Bekannt sind auch die Maulfelle des Porzins, wie der Humor der römischen Krieger die von dem Feldherrn Marius zum bequemen Tragen und Abgeben des Gepäcks eingeführten Gesele benannt hat. Bei den Landsknechten hieß der Dornisch Krebs, und wie häufig begegnet uns zoologische Namen in der heutigen soldatischen Sprache! Da gibt es Mäusenbenghe und Mäusenmole, Laubfrösche und Wasserzotten (die erste Bezeichnung tragen die Jäger, die zweite die Angehörigen der Marine). Feldblanzen nennt man die Feldartillerie, Maulwürfe die Pioniere, Kackolmäuschen die feilsch-bereiten Schwelgern vom Roten Kreuz, Gesichtsfel heißt das Pferd des Kompagnieführers allgemein, Himmelzigele, wenn es dem weiblichen Geschlecht angehört, Dienstmops wird das Dienstpferd genannt uhm.

Der Tornister der Jäger hat die offizielle Bezeichnung „Dachs“; zu den Bezügen der Jägerornister wurden früher ausschließlich Dachsfelle verwendet. Da die Zunahme der Dachs in Deutschland mit der der militärischen Jäger nicht gleichen Schritt gehalten hat, so gelangt jetzt bei der Darstellung dieser Art von Tornistern vielfach Dachsfellerei, sei es in Fellen oder aber in feldähnlichen Ersatzstoffen, zur Verwendung, was aber den weiteren Gebrauch der amtlichen Bezeichnung „Dachs“ für diese Art von Tornister nicht hindert. Hier also hat ein Tiername sogar die Bedeutung einer offiziellen Bezeichnung für einen militärischen Ausrüstungsgegenstand erhalten.

Außer dieser Benennung und der humoristischen Bezeichnung „Affe“ gibt es aber noch eine große Anzahl weiterer Kosenamen für den Tornister, die alle von der reichen schöpferischen Kraft der Soldatensprache und zum Teil von ihrem unverwundlichen Witz und Humor ein bezeichnendes Zeugnis abgeben. Aus der Fülle dieser Namen seien die folgenden angeführt: Kasten, Rheumatismuskasten, Kommode, Univerfalkommode, Bundeslade, Spind, Waschkraut, Hölzerner Ofen, Musterkoffer, Verdrückkoffer, Rückenwärmer, Lager-Schuppen, Schwindjuchtskommode. In Bayern sind besonders die Bezeichnungen Fell, Kabelel und Mudele im Schwange, die schweizerische Soldatensprache kennt außer der zu Eingang dieses Artikels behandelten hübschen Benennung „Vergifmeinnicht“ noch die nicht minder eigenartigen Bezeichnungen der Alt, der Fründ, Reife-neßsäcke, Schwefelsäure, Cereale, Drudst, Kackst und Viebsti. Die meisten dieser Namen erklären sich von selbst; der bei schließlichen Truppen verbreitete Ausdruck Hölzerner Ofen deutet darauf hin, daß dieser Ofen seinem Träger trotz der fehlenden Feuerungsanlage gehörig einheizt; man kann sich dann bei plötzlicher Abkühlung den Rheumatismus holen oder sich die Schwindsucht an den Hals jagen, daher die Bezeichnungen Rheumatismuskasten und Schwindsuchts-

kommode. Der Name Spind ist verwandt mit dem niederländischen Wort Spinde, das „Speisefrank“ bedeutet und mit den Wörtern unserer Sprache Spende und Speise auf denselben Ursprung zurückgeht. In einem Spinde in der Kaserne bewahrt ja der Soldat auch sein Kommissbrot und die übrigen ihm etwa zur Verfügung stehenden Speisen auf; den hauptsächlichsten Raum im Soldatenspindel beanspruchen aber nicht die Speisen, sondern die übrigen Kommiss- und „Eigentums“-Sachen. Auch im niederdeutschen Sprachgebrauch bezeichnet das Wort „Spind“ von Hause aus einen Speisefrank, wie dies beispielsweise der schöne Vers zeigt: „Verschwinde, verschwinde, wie die Wurst im Spindel!“ Es ist also eigentlich eine Vorspiegelung falscher Tatsachen, wenn der Soldatenspindel in der Kaserne die offizielle Bezeichnung „Spind“ führt. Wenn der Soldat im Felde diesen Namen auf den Tornister übertragen hat, so erhebt dieses Feldspindel noch weniger Anspruch darauf, ein Speisefrank zu sein, auch wenn es die sogenannte eiserne Portion enthält oder wenigstens enthalten soll.

Die bayerische Bezeichnung „Mädel“ bedeutet soviel wie Mäuschen; unangebrachte Mäuschlein wurden früher fast ausschließlich zum Bezeugen der Tornister verwendet; später hat man bei dem sich ungeheuer steigenden Bedarf an Tornistern zu Ersatzmitteln greifen müssen. Von den zur Verpöpfung der Trommeln verwendeten geerbten Kästchen ist die letzte Bezeichnung auch auf die Trommel selbst übertragen worden. Der Name „Mudel“ ist die liebevolle ironische Uebersetzung eines in Bayern häufig gebrauchten Kosenamens auf den gewiß nicht oft mit zärtlichen Empfindungen getragenen Tornister.

Oberschlesische Soldaten nennen ihren Tornister auch Kestler; sie ahnen nicht, daß sie hier einen Ausdruck gebrauchen, der dem griechischen Ursprungsworte unserer Bezeichnung Tornister am nächsten steht. Denn das Wort Tornister ist aus dem griechischen Worte Kanistron abgeleitet das mit seiner Nebenform Kanatron von Kanon (Rohr) herkommt und soviel wie einen aus Rohr geflochtenen Tragekorb bezeichnet. In solche aus Rohr geflochtenen Körbe verpackten die Spanier einst den Tabak, den sie aus ihren amerikanischen Kolonien nach Europa sandten, und von dem spanischen Worte Kanon, das heute im allgemeinen einen Warenkorb bezeichnet, erhielt bei uns der Rauchbeutel den Namen Kanastrolch.

Die Form Kanistron wurde in die byzantinische Militärsprache aufgenommen und nahm in dieser die Nebenform Kanistron an. Die letzte Form ging als militärischer Ausdruck aus dem byzantinischen Griechischen die slavischen Sprachen über und von einem der slavischen Völker übernahmen wir die Kanistra als wichtiges militärisches Ausrüstungsstück unter Umwandlung des Wortes in Tornister. Aus der ursprünglichen griechischen Form Kanistron aber entwickelte sich die slavische Bezeichnung Kanistra für eine auf dem Rücken zu tragende Schultasche, die uns auch heute noch in dem in Obereschlesien gesprochenen sog. Wasserpolnisch begegnet und das dann in der Form Kanister in die Sprache der deutsch sprechenden Oberschlesier aufgenommen worden ist.

Die Worte unserer Sprache haben gar oft ganz merkwürdige Geschichte erlebt. Am meisten aber muß es sicherlich unsere Feldgrauen überraschen, daß die beiden Worte Kanister und Tornister, die in ihrem Leben heute eine besondere Rolle spielen, und die in den Bedeutungen voneinander grundverschieden sind, ihren Ursprung von einem und demselben griechischen Worte herleiten.

„Die Verlobung bei der Laterne“.

Erstaufführung im Deutschen Opernhaus.

Die Leitung des Deutschen Opernhauses läßt sich mit Recht die Pflege Offenbachs angelegen sein. Neben seinen Meister-Operetten und Opern sind dort dem Berliner Publikum auch bereits verlockende Ematier-Singspiele vermittelt worden. Sie stammen, wenn man so sagen kann, aus der ersten Schöpfungsperiode Offenbachs, als es für ihn, den kleinen Theaterdirektor galt, sich nicht bloß finanziell über Wasser zu halten, sondern die Pariser an seine Art zu gewöhnen und, was die Hauptsache war, sie für burlesk-satirisch gehaltene, abendfüllende Operetten aus seiner Feder empfänglich zu machen. Nun sind ja jene Singspiele zum Teil ziemlich harmlose Kleinigkeiten, mehr kann man auch die landliche „Verlobung bei der Laterne“ nicht nennen. Aber Offenbach, der Musiker, interessiert darin kaum im hohen Grade; ja seine, niemals und von keinem späteren Komponisten mehr erreichte Eigenart offenbart sich schon hier, sowohl in den Orchesterfäden, als in den wenigen Gelangsmelodien und Couplets. Das Trinklied, die Jont- und Krageleise der beiden heiratwilligen, gegeneinander eifersüchtigen Landsknechte, endlich das Quartett sind reizende Kostlichkeiten des Offenbachschen Humors.

Die Aufführung beweist die Kurzwelligkeit dieses Laum eine Stunde in Anspruch nehmenden Werkaus auch noch heute. Man hätte ja wohl manches parodistische herausarbeiten können. Beispielsweise gleich die beiden Weibchen: als keine „Mudel“ die eine,

als magere Kopfenkange die andere, wie sie uns noch von der Aufführung unter Gregor in der Komischen Oper vor ungefähr zwölf Jahren im Gedächtnis haften. Indessen sind die Damen Fleißher-Wolf als jungferliche Wittven auch nicht abel. Dazu gibt Harry Steier den Weter mit erfrischem Humor und Poie Stein assistiert annehmbar als naives Mäuschen. ok.

Ein Berliner Fastnachtschery in alter Zeit.

Ede Liefensstraße und Chausseestraße existierte noch bis vor etwa vierzig Jahren ein großer Wirtshausgarten, — jetzt stehen große Geschäftshäuser dort, — „Bei Liefens“, von welchem Vergnügungsort die erfigenante Straße ihren Namen erhalten hat. Hier fanden viele Volksbälle statt, auch sogar im Sommer, denn mitten im Garten war ein sogenannter Pariser Tanzplatz, eine betonierete Fläche, auf der im Freien getanzt wurde. Ritten durch diesen Garten floß die Panke, die noch übrigens an jener Stelle in der Chausseestraße sichtbar ist. Hier soll sich nun einmal Ende der zwanziger Jahre ein eiserfüchtiger Freizeugehille, als er seine Liebste mit einem Andern auf den Faschachtsball bei Liefens gehen sah, in die Panke gestürzt haben. So behauptete natürlich nur der Faschachtschery und wahrscheinlich lediglich zu dem Zweck, um den Satz „Er stürzte sich bei Liefens in die Panke“ in drohiger Weise bedrohen zu können, und zwar in folgender Weise:

- „Er stürzte sich bei Pantens in die Straße.“
„Er konnte sich bei Fürgens in die Stiele.“
„Er konnte sich bei Stürgens in die Lief.“
„Er stürzte sich bei Stiefens in die Panke.“
„Er stürzte sich bei Pantens in die Straße.“

So ging es weiter. Diese Bedrohungen grassierten Jahre lang; vielleicht waren sie vom Besitzer des Vergnügungsorts als Verleher gebrach worden als Reklamemittel. Harmloses Berlin von anno Dagumal, das an solchen Scherzen sein Vergnügen fand.

Katholische Bibliothekstätigkeit.

Ein in ihrer Mächtigkei vorbildliche Organisation ist der „Verein vom heil. Karl Borromäus“ in Bonn, die Bibliotheksorganisation der Katholiken. Nach dem Jahresbericht für 1916 hat er noch dem starken Rückgang im Jahre 1915 wieder 20 175 neue Mitglieder gewonnen und damit einen Mitgliederstand von 248 840 erreicht; dagegen ist die Zahl der Vereine um 46 auf 4440 zugenommen. In den Bezirken Trier, Münster, Baderborn und Aalen sind 2,2 bis 2,1 Proz. der katholischen Bevölkerung im Verein. Insgesamt verteilte er 482 412 (l. B. 401 493) Bücher. Die berichtenden 3243 Vereine (78 Proz.) hatten einen Bücherbestand von 2 170 282 Bänden, darunter waren 104 546 neue Bücher. Ausgegeben wurden 6 149 650 Bände (1,2 Millionen mehr als im Vorjahre). Von den Ortsvereinen wurden aus eigenem 127 000 B. für die Bibliotheken aufbewahrt. An der Zentrale wurde ein literarischer und technischer Kurios abgeholt, der von 200 Personen besucht war. In den Vereinen sind u. a. 262 Konferenzen abgehalten worden.

Wie der Borromäusverein in die Breite wirkt, darüber noch folgende Zahlen: In den letzten 8 Jahren haben die berichtenden Bibliotheken nahezu 87 Millionen Bücher ausgeliehen! Zur Versorgung der Soldaten mit Lesestoff wurden bis 31. Dezember 1917 nicht weniger als 8 Millionen Bücher und Zeitschriften, darunter 1 354 314 Bücher! Monatlich verlassen 100 000 Bücher und Zeitschriften die Sammelstelle!

Die Größe der Zahlen darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß man diesen Aufwand nicht als einwandfreie Volkshilfsbildung betrachten kann. Alles ist auf funktionelle Vereinstulung angelegt, die an Reichlichkeit aber alles hinter sich läßt, was von anderer Seite auf dem Gebiete des Bibliothekswesens geschaffen worden ist. Die Arbeiterbibliotheken stehen organisatorisch jedenfalls noch weit dahinter zurück, während ihre Bildungsarbeit unvergleichlich höher zu bewerten ist.

Notizen.

- Vorträge. Im Deutschen Monistenbund spielt Freitag 8 1/2 Uhr im Viktor-Haus, Lauengienstr. 13/1 Dr. D. Stills über: das Problem der Entwicklung und des Fortschritts. — Prof. Rastow aus Leipzig spricht am Freitag in der Reihe der Vorträge über „die deutsche Chemie im Kriege“ in der Urania.
— Kunstchronik. Die Zeitschrift „Die Aktion“ veranstaltet vom 6. bis 20. Februar Kaiserliche 223 eine Ausstellung von Werken des Münchener Malers Heinrich Strohmeyer.
— Ein Deutsches Erfindungsinstitut. Eine gemeinnützige Organisation der Erfindertätigkeit in Deutschland ist das Ziel einer Gesellschaft, die in Gießen begründet wurde. Sie ging aus Anregungen der in Frankfurt erscheinenden bekannten Wochenzeitschrift „Umschau“ hervor.

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Viebig.

„Ach Gott, Fräulein Dieselbahn!“ Das kleine Gesicht der Frau erschien heute noch kleiner. „Gretchen ist nicht da.“ „Dat sie noch Dienst?“ „Dienst? Sie ist doch gar nicht mehr auf dem Amt. Wissen Sie das denn nicht?“ Die Mutter war sehr erstaunt.

„Ich habe sie lange nicht gesehen.“ „Und ja sagt sie doch immer, sie ginge zu Ihnen. Gott nee, Fräulein Dieselbahn“, — die Frau fing plötzlich an zu weinen: „ich weiß gar nicht, was das mit Gretchen ist. Sie ist zu nervös. Bald sagt sie so, bald sagt sie so. Sie war ne Weile beurlaubt, jetzt haben sie sie aber ganz entlassen. Der Dienst ist auch zu schwer. Rutter“, sagt sie, „du glaubst gar nicht, was alles zusammentelefoniert wird. Und dabei hat man doch auch seine eigenen Gedanken.“ Ich bin froh, daß sie den Beruf aufgegeben hat. So schwer es auch für mich ist; ich muß nun für alles alleine aufkommen.“

„Sie wird sich ja bald verheiraten“, tröstete Gertrud. „Meinen Sie?“ Die verängstigten Augen der Mutter wurden noch verängstigter.

„Was hört sie denn von ihrem Bräutigam? Seht es ihm gut?“ Kommt er nicht bald her?“

„Fräulein Dieselbahn“, die Frau trat ganz dicht an sie heran und flüsterte, „das ist es ja gerade! Bald sagt sie: „Er kommt übermorgen,“ und lacht und freut sich wie toll — bald sagt sie: „Er ist verwundet,“ und hat sich wer weiß wie. Und dann sagt sie wieder: „Er kommt nie!“ und weint sich halbtot. Fräulein, ich sage Ihnen, man kann vorwärts drüber werden. Das war ja noch nicht mal so schlimm, als mein armer Mann damals so lange krank lag an Wasserucht und dann starb, als wie ich es jetzt mit Gretchen habe. Denken Sie bloß, fällt sie doch neulich einem Feldgrauen um den Hals, der hier im Laden steht und sich Zigaretten kauft. Sie hat einen Aufschrei dabei getan, der geht mir noch in den Ohren. Der Mann hat sich eins gelacht: „Man nich so lärmisch“, — ’s war ein verheirateter Mann, gar nich mehr jung. Sie hat ihn nur von hinten gesehen, die Feldgrauen sehen sich ja alle gleich.

Aber dann hat sie sich eingeschlossen. Vergebens habe ich an der Tür gebettelt: „Mach doch mal auf!“ Ich hatte richtige Angst. Und dabei muß man doch hier im Laden sein und freundlich sein, und kann noch nicht mal sagen warum man falsch zusammenrechnet oder nicht richtig rausgibt. Die Angst sitzt mir noch in den Knochen, ich werd sie gar nicht mehr los. Wenn bloß der Krieg bald ein Ende hätte!“

„Ich muß jetzt gehen“, sagte Gertrud bekommen. „Ach bleiben Sie doch noch n bißchen,“ hat die Frau, „sie wird ja vielleicht gleich kommen.“

„Wo ist sie denn hin?“ „Das weiß ich nicht, fragen darf ich ja nicht, dann wird sie böse. Ich muß sie ganz gewähren lassen. Aber so schlimm wie jetzt war’s noch nie: immer an ihn schreiben, nichts als an ihn schreiben und Patetchen schicken. Sie glauben gar nicht, was sie alles schickt: Kuchen, Schokolade, Pralinen, Choleratropfen, Pfefferminz, Wurst, Strümpfe. Sie spart sich’s vom Kunde ab, wir haben’s ja auch nicht dazu.“ Die Frau rang die Hände: „Fräulein, ich weiß nicht, mir ist es so bange!“

Bange war es auch Gertrud Dieselbahn. Wenn man Gretchen doch nur beeinflussen könnte, daß sie ruhiger würde! Noch dachte Gertrud darüber nach, als sie sich plötzlich von zwei Armen stürmisch umschlungen fühlte, ihr Schritt wurde gehemmt. „Trude!“

Da war ja Gretchen! Heiße Küsse brannten auf ihrem Mund.

„Fein, daß ich dich treffe! Ich bin so glücklich, so glücklich. Trudchen, nun kommt er bald, nun machen wir Hochzeit! Heut war ich bei Hertog, hab’ mir weiße Seide zum Kleid gekauft. Schön bin ich ja nicht, das weiß ich, aber dann werde ich schön sein. Trudchen, Trudchen!“ Immer wieder umarmte sie die Freundin; ihre Augen glühten im Halbdunkel der trüben Straßenbeleuchtung.

„Hat er denn geschrieben, wann er kommt?“ „Noch nicht genau. Aber weißt du —“ Margarete Dietrich hing sich schwer an den Arm der andern und ging mit ihr weiter — „heute nach Tisch hatte ich mich n bißchen hingelegt, ich war einigentlich da irat er ins Zimmer. Er kam zu mir ans Bett. Er beugte sich über mich und gab mir n Kuß — o, Gertrud!“ Sie holte tief Luft, ihre Arme zitterten, es lief ein Schauer über ihre ganze Gestalt. „Und er sagie:

„Galt dich bereit — ich komme!“ Da bin ich gleich aufgestanden, hab mich fertig gemacht und bin nach Berlin zu Hertog gefahren. Einen Myrtenkranz habe ich mit auch gleich besorgt. Wäilst du mal sehen, Trudchen?“

Sie wollte eine Rolle und ein Kästchen, das sie trug, aufmachen.

„Nein, nein, jetzt nicht!“ Gertrud wehrte hastig ab, das Mädchen war ihr unheimlich. „Geh nach Haus, Gretchen, deine Mutter ängstigt sich um dich.“

Die Dietrich schüttelte ungeduldig den Kopf. „Dah sie warten! Ich hab ja auch warten müssen. Du“ — sie drängte sich dicht an die andere — „wäilst du dir nicht doch den Kranz ansehen und das Kleid? Sie sind so schön. Komm, da unter die Laterne!“

Gertrud rief sich los. „Geh nach Haus, ich muß auch nach Haus!“ Sie rannte davon, sie hörte nicht mehr, was die andere ihr drein schrie. Von unbestimmtem Grauen durchrieselt, lief sie schnell. O Gott, der Krieg, der Krieg — die war ja ganz verstört! Scheu sah sie sich um: hörte denn nicht auch sie heute abend überall Geschrei? Unterdrücktes Lachen, ein Geräusch wie vom Hüften?

In der Dunkelheit schlüpfen die Mädchen. Sie hatten der frostigen Luft nicht acht und nicht des Schmutzes der Straße. Die Kriegsbräute hingen ihren Soldaten am Hals. Seit Anfang Winters war Militär her verlegt, die Einsamkeit des Dororts war wie gemacht zu Liebesbändeln. Wer ging denn hier sonst noch über die abendlich verödete Straße? Niemand hörte den Soldaten und sein Mädchen. Ranzig einer, der zu Hause schon eine Braut sitzen hatte, fing jetzt noch einmal aufs neue an. Der Krieg drängt zum Leben. Je grausiger draußen das Grauen, desto zärtlicher drinnen die Färtlichkeit. Und man mußte die Zeit, die noch blieb, ausnützen.

In den dunklen Alleen standen sie — wenn die Bäume auch jetzt entlaubt waren, die breiten Stämme gaben doch Schutz. — In die Türnischen der Villen drückten sie sich, hinter den Gittern der Gärten verbargen sie sich. Es war kalt, und doch ging es wie ein Odem der Erquickung durch die Winternacht, ein Wind der Aufregung peitschte die kalten Reste und die Seelen der Menschen.

Gertrud war jetzt draußen auf der Chaussee, von den Feldern wehte es, schnob sie an, als sei sie nackt und bloß, und zerrte an ihrem Leide. (Fortf. folgt.)

